Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 4/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 2.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Redaktion 3141. Telephon Expedition 1206.

Inserationspreis pro 1 mm Zeile für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige, Stellenangebote kosten 25 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 49. Mittwoch, den 27. Februar 1907. 18. Jahrgang.

Russisches Regiment in Deutschland.

In Nr. 3 der Zeitschrift „März" bringt der Stuttgarter Historiker Professor Otto Harnack unter dem Titel „Eine Jubiläumsbetrachtung" eine Abhandlung über die Abhängigkeit Deutschlands von Rußland, deren Schimpf ja besonders durch die Verhandlungen des Königsberger Hochverratsprozesses vom Juli 1904 offenbart worden ist.

Ueber das Verhältnis Deutschlands zu Rußland schreibt Professor Harnack unter anderem: Was die auswärtige Politik Preußens davon für Vorteil gezogen, mag die Geschichtsschreibung des preußischen Staates abwägen, für das deutsche Volk ist das Bündnis ein schleichendes Gift gewesen, das seit hundert Jahren am Lebensmark zehrt und gewaltige Anstrengungen der Natur erfordert, um ertragen und überwunden zu werden. Man vergegenwärtige sich den Widersinn, der darin liegt: das deutsche Volk, durch den gewaltigen geistigen Aufschwung seit der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts zur geistig führenden Macht Europas geworden, und als Staat in dauerndem, traditionellen Einvernehmen mit der rückständigsten Macht Europas, oft genug in Abhängigkeit von ihrer barbarischen Regierungskunst, die mit Knute und Kosakenpeitsche das eigene Volk im Zustande ewiger Versumpfung zu erhalten strebt! Das ist kein scherzhaftes Bild, wie „Pegasus neben dem Zugochsen", das ist das widerwärtige Bild der Verkuppelung eines lebenskräftigen Organismus mit einem verseuchten, verfaulenden . . . .

Und eben diese traurige Solidarität, dieses Gefühl übereinstimmender Regierungsgrundsätze ist es, was dem preußischen Staat und mit ihm dem Deutschen Reich wie ein nervlähmendes eingeimpftes Gift die gesunde Entwicklung, die Entfaltung der Kräfte unmöglich macht. Wie in Rußland, so besteht auch heute die gähnende Kluft zwischen Beamtenschaft und Bürgertum, zwischen Regierenden und Untertanen. Wie in Rußland wird auch in Preußen und im Deutschen Reiche nach dem Grundsatz regiert, daß die Staatsbürger eine untergeordnete Klasse seien; und daß die Beamten nicht dazu da seien, die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen, sondern das Volk, um der Obmacht der Beamten zu dienen. Daß der deutsche Beamtenstand in seinem eigenen Wert hoch über dem russischen steht, ändert an dem Grundcharakter dieses krankhaften Mißverhältnisses nichts, das jeden Schutzmann sich wie ein Kommandeur, jeden Schaffner wie einen Vorgesetzten des Publikums empfinden läßt. Und daß auch grobe Willkürakte aus diesem perversen Empfinden hervorgehen können, haben noch jüngst die Vorgänge in Breslau und Hamburg gezeigt. — Wohl ist Preußen seit mehr als fünfzig Jahren ein konstitutioneller Staat, und das deutsche Reich ist von Geburt an mit einem demokratischen System der Parlamentswahlen ausgestattet. Aber wie in Rußland alle die Willkür der Beamtenschaft einbämmende Gesetze, so werden in Preußen-Deutschland die Verfassungsgesetze niemals zur Wirklichkeit, weil das Bestreben der Regierung beständig darauf gerichtet ist, die Verfassung in der Praxis nach Möglichkeit auszuschalten und die Allmacht der Regierung bestehen zu lassen. Es ist kein Zufall, sondern Absicht, daß die Schulkinder in Preußen, die alle denkbaren wirklichen oder unwirklichen Großtaten der Hohenzollern auswendig lernen, von der Verfassung durch Friedrich Wilhelm den Vierten kaum etwas erfahren. Von dem Jahre 1848 wird im Unterricht nur vorübergehend als einer Zeit gottlosen Aufruhrs und toller Verwirrung gesprochen; daß dieses Jahr die Umwandlung Preußens aus einem absoluten in einen konstitutionellen Staat gebracht hat, wird verschwiegen. In Regierungskreisen gilt es gerade als eine Aufgabe, des „Schweißes der Edlen wert", den Einfluß des Parlaments (Reichstag oder Landtag) möglichst zurückzudrängen und, was sich irgend ohne oder gegen das Parlament erledigen läßt, rein bureaukratisch durchzuführen. Alles dies ist nicht westeuropäisch es ist überhaupt nicht europäisch; es ist russisch; es ist eines Volkes vom hohen Kulturniveau des deutschen Volkes unwürdig, eines Volkes, das sich überhaupt nicht so regieren lassen würde, wenn es nicht schon durch das schleichende Gift, das wir charakterisiert haben, halb gelähmt wäre.

Russisch ist ferner auch die Ueberspannung des monarchischen Prinzips und des dynastischen Empfindens, die sich in Preußen wie im Deutschen Reiche mehr und mehr bis an die Grenze des Pathologischen steigert. Man pflegt sie gewöhnlich „byzantinisch" zu nennen, und das Wort hat eine historische Berechtigung. — Aber die Tradition des alten Byzanz ist mit seiner Religion, seinem Palastzeremoniell, seinen steifen Prachtgewändern auf Rußland übergegangen, das ja selbst keinen höheren Ehrgeiz hat als den, Byzanz zu seiner Hauptstadt zu machen. Russisch ist im heutigen Europa die halb mystische, halb servile Vorstellung, die den Monarchen zum Erdengott stempelt, in seiner Macht einen Ausfluß der göttlichen sieht, und in jedem Wort einen Ausfluß überzugter Weisheit, in jedem blanken Uniformknopf seinen Ausstrahlungsherd beglückenden Lichtes verehrt. Unter den heutigen Kulturstaaten ist außerhalb des Zarentums diese Vorstellung nur im Bereich des preußischen Königtums zu finden, und sie hat sich von dort auf das deutsche Kaisertum ausgedehnt — zum deutlichen Zeichen, wie nichtig die deutsche Reichsverfassung in dieser Hinsicht geworden ist; denn diese, die den Kaiser nur als „Präsidium" des Bundes der deutschen Fürsten kennt, gibt nicht den mindesten Anhaltspunkt zu einer solchen mystischen Emporhebung der Kaiserwürde.

Russisch ist endlich die enge Verbindung von staatlicher und kirchlicher Autorität, von Subordination und Religion, für die man die Phrase „Thron und Altar" geprägt hat. Ursprünglich ist der Cäsaropapismus, in dem sie gipfelt, auch byzantinisches Gewächs; aber auch dieses Gewächs ist nach Rußland verpflanzt worden, ist dort üppig in der Treibhausluft des engsten religiös-politischen Druckes gediehen, und einen Ableger davon hat Preußen erhalten, — der zwar glücklicherweise nur bescheidener sich entwickelt hat, aber doch von kirchlichen, Militär- und Zivilbehörden mit viel Liebe gepflegt wird. Daß ein guter Soldat ein guter Christ und (nur) ein guter Christ ein guter Soldat sei, haben wir ja aus autoritativem Munde verkündigen hören.

Aeußerlich betrachtet, erweist sich die frappante Aehnlichkeit zwischen Rußland und Preußen-Deutschland in der Vorherrschaft und dem absoluten Ansehen der Uniform. Wer in Rußland keine Uniform trägt, ist ebenso bedauernswert wie in Deutschland, wer nicht Reserveoffizier ist. Rußland zeigt sich indes darin humaner, daß es freigebiger Uniformen austeilt, auch an Zivilbeamte, und deren Segnungen also weiteren Kreisen zukommen läßt. Dadurch sinkt natürlich der Wert der einzelnen Uniformen einigermaßen: in Rußland wäre mindestens eine Obersteuniform nötig, um das zu erreichen, wozu in Köpenick schon eine Hauptmannsuniform genügte. — Soweit selbst der bürgerliche Geschichtsschreiber!

Das heutige preußisch-deutsche Regierungssystem muß sich auf den russischen Absolutismus stützen, so verräterisch es von diesem auch behandelt wird. Die Sozialdemokratie erweist der deutschen Kultur unschätzbare Dienste, wenn sie durch ihre Sympathie für die Freiheitskämpfer in Rußland dazu beiträgt, daß die letzte Stütze des preußischen Junkerabsolutismus bald in sich zusammenbricht.

Politische Uebersicht.

Ohne Kontrolle!

Am Tage nach Kaisers Geburtstag waren auf der königlich-preußischen Zeche Reden im Saarrevier die beiden Wettermänner um anderthalb Stunden zu spät in die Grube gefahren; sie kehrten bald mit der Nachricht zurück, daß unten alles in Ordnung sei. Wenige Stunden später ereignete sich jenes furchtbare Unglück, dem anderthalbhundert Arbeiter zum Opfer fielen. Obwohl in den Tagen zuvor schon Wettergefahr beobachtet worden war, die zur höchsten Vorsicht hätte mahnen müssen, wurde nicht nur die Kontrolle aufs Aeußerste vernachlässigt, sondern auch, da während des patriotischen Festtags die Berieselung unterlassen worden war, war die Entwicklung des tückischen Kohlenstaubes gefördert worden, der der furchtbare Verbündete der explosiven Gase ist. Da die Sprengarbeit noch nicht begonnen hatte, konnte die Katastrophe nur durch eine Lampe verursacht worden sein — es muß offen bleiben, ob diese unvorsichtigerweise geöffnet wurde, oder ob sie sich in unvorschriftsmäßigem Zustande befand. Das Unglück ereignete sich in der vierzehnten Abteilung, dehnte sich aber auch auf die fünfzehnte aus; weil die beiden Abteilungen nur einen gemeinsamen Wetterstrom befaßen, der durch die fünfzehnte Abteilung durchgeführt wird, drangen die Nachschwaden der Explosion auch in

Die Heiterethei.

Erzählung von Otto Ludwig.

15]

„So spät Feierabend, Annedorle?" sagte der Schmied, indem er stehen blieb. „Eure Bös hat da schönen Lein."

„'s ist eben noch nicht spät", entgegnete die Heiterethei, die ihre Schoppe über der Brust zuheftete und das Tuch mit dem ausgefäteten Gras an einem Zipfel über die Schulter warf. „Und der Lein könnt auch größer sein."

„Na, wenn heut der Holders-Fritz nicht auflauert! So einsam find't er's nicht gleich wieder. Geht Ihr mit den Ulrichsteg, so seid Ihr nicht allein."

„Kann sein, ich wär jenen Weg gegangen. Nu geh ich den andern. Grüß Gott!"

Dabei ging sie singend in einer anderen Richtung fort. Der Schmied hatte schon wieder ein „Das Mordsmädle!" auf der Zunge. Aber — „Hm!" dachte er weiter, „kann auch die Furcht sein, was aus dem Mädle singt."

Und das wär' kein Wunder gewesen. So einsam und still hatte der Schmied die Gegend noch nicht gefunden. Nur eine Lerche sang, als er wetterschritt. Lerchengesang war es eben nicht, was den Schmied von seinen Gedanken abzieben konnt'. Der wunderlich schnarrende Ton eines Wachtelkönigs, der sich eben hören ließ, bald hier, bald dort, wie um den Hörer zu verlocken, traf weit eher eine verwandte Saite im Gemüte des Schmieds an — zumal, da er jetzt von einer Stelle herkam, die ein Rätselgut in seinem Gedächtnisse besaß. Dort hatte ja der alte Förster Schweiaaus eine Schnei im Ulrichsholze angelegt und der Morgenschmied als Schulknabe mehr denn einmal die gefangenen Krammetsvogel aus den Schlingen geholt und sehr andere Dinge dafür hineinpraktiziert.

Er geht immer durchsiger und schmunzelt; zuweilen meldet sich der Ruck von unsicherer Hand: er schmeckt die Possen in Gedanken noch einmal durch und reinigt mit der Nase an einem Hagebuttenzweig.

„Gut", meint er, „daß das Gebüsch so dick ist, sonst wär' ich in den Bach gelaufen. Ob ich vom Weg abgekommen bin? Ber! Das ist die lange schwa'e Schling', die der Lehnsch' macht hart am Weg. Hm! und der Schatten da drin in der Schlinge? Ja, einen Krammetsvogel hat der alt' Schweiaaus sein Lebtag nicht gefangen!"

Immer durchsiger und aufgeschlossener geht der Schmied, bis er dahin kommt, wo die Schlinge ihn offiert.

„Nun, nimm' er was Wasser warm", lachte er leise vor sich hin, „für' hab' ich ein." Er steht im Wasser, um an einer Hagebutte einen Pfeifenräumer abzuschneiden, und sucht nach einem Zweige, der ihm gelegen hängt. Einige Schritte seitwärts, dann eine schnelle Wendung, und er steht vor dem Fritz. Und der Fritz ist's wirklich, der erst Miene macht, ins Wasser zu springen, aber, als ihn der Schmied bei der Jacke faßt und seinen Namen nennt, grimmig das Entkommen aufgibt.

„Hm," sagte der Morgenschmied wie verwundert, bist Du's, Fritz? Aber was machst Du denn da? Hm ja, 's hat heut warm gemacht und Du willst ein bißle ins Wasser. Aber Du hast doch Deine Jacken verkehrt an? Ja, Du bist schon im Wasser gewest, und in der Eil hast Du beim Ausziehn die Aermel umgenommen gehabt, und das hast Du vermutlich beim Anziehen nicht gemerkt."

Der Angeredete brummte etwas, das für ein „Ja, kann sein!" gelten konnte. Der Schmied wußte wohl, niemand kam jetzt ungelegener, als eben er, und das war ihm um so lieber.

„Ist's denn wahr, Du gehst nicht mehr mit dem Adamsleb und seinen Kameraden? Wer hat mir's doch gesagt? Ich hab' gesagt: das ist vernünftig von dem Fritz. Aber die haben ihren Kerzer deswegen, und Du kannst Dich immerfort in acht nehmen. Da am Leinweg ist mir die Heiterethei begegnet, das arme Mädle, der hast Du's recht angetan."

An dem Rauschen der Büsche, in denen er stand, hörte man, der Fritz machte eine rasche Bewegung. Der Name hatte ihn erschreckt. Den hatte er am wenigsten zu hören gemeint. Aber gleich war er wieder ruhig, und der wilde Fritz lachte in einem Tone, der leicht klingen sollte: „Die! Wie kommst Du auf die? Was geht mich die an! Angetan? Möcht' auch wissen, wie!"

„Nu", entgegnete der Schmied lauernd, „die ist ganz in Dich verschameriert."

Der Fritz lachte ganz eigen. Einen andern, als den Schmied hatte dieses Lachen gedrängt. Man hörte, er zwang sich, um keinen Verdacht zu erwecken, von der Heiterethei zu reden, als er lachte: „Die Heiterethei und verschameriert! Du weißt nicht, was Du red'st, aber morgen ist der jüngst' Tag. Wer hat Dir das aufgebunden? Das hat Deine alte Bös' einmal wieder ausgeheckt."

Er schien recht im Zuge, zu fragen. Plötzlich fährt er, Es war ihm eingefallen: „Der Lauer, der Morgenschmied ist's, der mit Dir red't. Zu viel kann eben so leicht Verdacht erwecken, als zu wenig". Da aber auch das Schweigen zu viel verriet, besonders einem so lichtern Ohr, als dem des Morgenschmieds, so fügte er noch einige Töne hinzu, die dieser für ein unfreiwilliges Lachen nehmen sollte.

Der Morgenschmied hatte leise vor sich hin: „Hm!" Dann fuhr er laut fort, und trat gelang der gleichmütige Ton besser, als dem Holders-Fritz: „Ja, die Heiterethei und verschameriert! Ich mein', das Mädle ist ein verkleideter Jung'. Aber — was ich sagen wollt von dem Adams-Lieb und den anderen. Aber ich muß mich setzen; es muß mir ein Schnupfen in die Glieder gefahren sein. Die sprechen, es wär' umgekehrt. Du wärst in die Heiterethei verschameriert."

Der Schmied wartete das abermalige Rauschen der Büsche ab und das heisere Lachen, das der Fritz ausstieß.

„Das ist die Wut, daß ich nir mehr von denen wissen will", lachte der, und der Schmied sagte: „Freilich, das ist's, und das mein' ich eben. Sie sagen, Du paßtest dem Mädle überall auf, um — Deine Sach' anzubringen. Aber sie möcht nix von Dir wissen."

Eh' der Schmied das sagte, war er erst vorsichtig einige Schritte weiter vom Fritz abgerückt. Ein Buchenstamm stand zwischen ihnen. Der Schmied war wohl auf seiner Hut.

Das Rauschen des Buches verriet dieses Mal auch eine heftigere Bewegung des Holders-Fritz, und sein Lachen klang immer gezwungener und wilder.

„Aufpassen!" lachte er; „möcht wissen, wo! Bleiben kann' geb ich; da steht Du die Barie." — Er schwang das kleine Beil nahe vor den Augen des Schmiedes.

Der wich etwas zurück. Dann sagte er: „Darin sollen sie auch recht haben; nicht mit der Verschameriertung und dem Sachenbringen, mit dem — Aufpassen mein ich". — Er hielt einen Augenblick inne und sah vorsichtig hin nach dem Fritz. Das tat er aber, während er fortfuhr: „Da ist in der Stadt kein Mensch, der Dich nicht hinter einer Hecken oder sonst wo dätt' lauern gesehn, und allemal, wo die Heiterethei vorbei hat gemußt. Und guck, mir mußt Du nix weiß wollen machen; was mir Du denn jetzt da im Busch, wo die Heiterethei vorbei wär gekommen, hätt' sie Dir nicht den Possen getan und wär den Weg bei der Kettenmühl' gegangen? Ja, Du willst's nicht sagen. Aber Du mußt nicht denken, daß die Leut' keine Augen haben. Und die haben mehr denn zu viel."

Er rückte dem Fritz vertraulich etwas näher und sagte leiser als vorhin: „Aber es verdrießt einen, wenn ein Kerl, wie Du, einem Mädle nachläuft, das vor allen Leuten seinen Hohn mit Dir hat gemacht. Die Geschichte' vom Gründer Martin hat der weiß die ganz' Stadt, und wie die Heiterethei von Dir redt."

„Ho, ho!" sagte der Fritz verlassen, „vielleicht red't sie bald anders. Die Leut' wissen, was die gesagt hat, aber nicht, was ich gesagt hab."

„Ja, und sie meinen", fuhr der Schmied fort, „aus lauter Respekt vor der Heiterethei wär's, daß Du nicht mehr zum Bu[illegible] gingst und ein ordentlicher Kerl wärst geworden, und einmal Dein's hat Dir helfen, wie denn — Kopfschneider: Respekt muß sein im Haus."

(Fortsetzung folgt.)

dieser Abteilung an, und richteten hier furchtbare Verheerungen an.

Das ist in kurzen Zügen der bekannte Tatbestand der Katastrophe, der am letzten Freitag und Sonnabend im preußischen Abgeordnetenhause von freisinnigen und Zentrumsinterpellanten zur Sprache gebracht wurde — in maßvoll „versöhnlicher" Weise, für die der Handelsminister Delbrück den beiden Interpellationsbegründern Goldschmidt und Marx seinen besonderen Dank aussprechen durfte. Es mag fraglich erscheinen, ob es ein Verdienst ist, maßvoll und versöhnlich zu sein angesichts von Tatsachen, die eine erbitternde Wirkung auf die Arbeiterschaft nicht verfehlen können. Der preußische Staat zieht aus der Arbeit seiner Bergproletarier ungeheure Gewinne, und unter Fachleuten und Laien kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Gefahr der bergmännischen Arbeit durch vermehrte Schutzmaßregeln, die zugleich wohl auch eine gewisse Minderung des Unternehmergewinns mit sich bringen, wenn nicht beseitigt, so doch in hohem Grade vermindert werden kann. Der Konflikt zwischen der Menschlichkeit, der die Erhaltung menschlicher Leben die wichtigste Aufgabe ist, und den Gesetzen des Kapitalismus, der Menschen ausbeutet, um Waren zu produzieren, hat in diesem Falle zu Ungunsten der Menschlichkeit ausgeschlagen, und hundertundfünfzig Tote, Hunderte trauernder Hinterbliebener sind die stummen und redenden Zeugen dieses furchtbaren Konflikts.

Die Vertreter der überwachenden Behörde, die in diesem Fall die Unternehmerin selbst, nämlich die Regierung ist, haben versucht, die Zustände in der Redengrube wie in den preußischen Staatsgruben überhaupt, als mustergültig hinzustellen. Gegen geforderte Reformen, namentlich gegen Grubenkontrolleure, die von der Belegschaft selbst gewählt werden sollen, haben sie sich mit großer Entschiedenheit ausgesprochen, obwohl sie sich selbst in ihrer Entschuldigung darauf beriefen, daß die Wettermänner, deren Kaisergeburtstagsstimmung hundertfünfzig Kollegen mit ihrem Leben bezahlen mußten, keine Beamte, sondern Arbeiter gewesen seien. Es besteht aber ein großer Unterschied zwischen einem Arbeiterkontrolleur, der nichts als der Bedienstete und Vertrauensmann des Kapitalisten ist, und einem anderen, der vom Vertrauen der Belegschaft getragen wird und in seiner Tätigkeit selbst wieder unter der Kontrolle der Kameraden steht. Ein solches Verhältnis schärft das Auge und stählt das Gewissen; ja für den Unternehmer selbst hat es den Vorteil, daß es einen Teil der Verantwortung von ihm abwälzt und den Arbeitern selbst zuschiebt. Der unglückselige und fanatische Kapitalistenstandpunkt der Herren im Hause macht aber solche vernünftige und zweckdienliche Reformen unmöglich.

Darin liegt das erregendste Moment der Interpellationsberatung über die Katastrophe von Reden, daß sie in einem Hause geführt wurde, in dem die Arbeiter nichts zu sagen haben. In der Art von „Staatssozialismus", wie ihn der preußische Staat treibt, liegt eine ungeheure Gefahr, weil hier der Staat, der pflichtmäßig den „Schwachen" gegen die Uebergriffe des Kapitals schützen soll, selber der zu überwachende Kapitalist ist. Wenn einem solchen Staate eine Volksvertretung fehlt, in der die Arbeiter selbst zu Worte gelangen können, und seine gesamte Verwaltung und Gesetzgebung der Kontrolle der Arbeiter entzogen bleibt, so wird das wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnis des Arbeitnehmers noch bedenklich verschärft durch die politische Rechtlosigkeit des Staatsbürgers. Der preußische Arbeiter darf für den Staat in den Schächten sterben, wie er für ihn auf dem Schlachtfeld bluten darf, und obwohl er mit seiner Arbeit und seiner Kraft diesen Staat erhält, darf er in ihm nicht als gleichberechtigter Bürger zur Volksvertretung wählen, weil er kein „staatserhaltendes" Element ist!

Die erste Etatdebatte.

[illegible]

Das Abgeordnetenhaus

schickte gestern den Antrag der Geschäftsordnungskommission auf Auslieferung unserer parteigenössischen Redakteure in Magdeburg, Halle, Erfurt an die Staatsanwaltschaft zur anderweitigen Entscheidung an sie zurück. Angeblich weil die inkriminierten Artikel schon vor den letzten Verurteilungen geschrieben seien. Um die Angst vor einer Debatte über die Manieren des Junkerpräsidenten Kröcher zu verbergen, haben also die immunen Abgeordneten eine Woche lang nach diesem Vorwand suchen müssen. — Sachlich verhandelte heute das Abgeordnetenhaus über die Novelle zum Berggesetz, die die Aufsuchung und Gewinnung von Steinkohle und Steinsalz, insbesondere Kalisalz, dem Staate vorbehalten will. Die Vorlage ist ein Schlag ins Wasser. Seitdem im Jahre 1865 der Kapitalismus freie Hand bekam, sich die Bodenschätze anzueignen, die der Nation gehören, hat er sich längst alle wertvollen Kohlenflöze gesichert. An Kalisalzen sind allerdings noch größere Mengen frei, aber gerade die Provinz Hannover, in der sie lagern, ist vom Geltungsbereich des Gesetzes ausgenommen, um die „erworbenen Rechte" der Grundbesitzer auf Aneignung von Volksgut nicht zu kränken. Trotzdem die Vorlage also weit davon entfernt ist, dem Kapitalismus ein Haar zu krümmen, fand sie nur bei den echten Junkern in der konservativen Partei Zustimmung, die bekanntlich manchmal ihrem urwüchsigen Haß gegen das mobile Kapital, die reich gewordenen Pfeffersäcke und Börsenjuden, freien Lauf lassen. Die reinkapitalistischen Parteien des Abgeordnetenhauses aber, insbesondere der Freisinnige Dr. Crüger-Hagen, schrieen Zeter und Mord, weil angeblich die Vorlage einen sozialistisch-kommunistischen Zug enthalten sollte. Diesen Einwand tat der Handelsminister Delbrück allerdings treffend mit der Bemerkung ab, daß der Staat den Kommunen die Dummheit nicht nachzumachen brauche, erst das Gemeingut zu verschleudern und dann um hohen Preis zurückzukaufen wie bekanntlich bereits bei dem Erwerb der Hibernia- und Herzynia-Aktien geschehen ist. Die Vorlage geht aber doch in der Kommission, an die sie verwiesen wurde, einem ungewissen Schicksal entgegen. Heute Bergetat.

Das bewährte, vielfach angefeindete Wahlrecht.

Der deutsche Kaiser hat das Präsidium des neuen Reichstags am letzten Sonntag in mehr als einstündiger Audienz empfangen und mit ihm über politische Angelegenheiten eine ausführliche Unterredung gepflogen. Die bekanntgegebenen Aeußerungen des Kaisers halten sich im allgemeinen im Rahmen der Fensterrede vom 5. und der Thronrede vom 19. Februar. Dabei nahm der Kaiser außerdem auch Gelegenheit, über das allgemeine Wahlrecht zu sprechen, und er betonte zum Schluß, „daß dieses so vielfach angefeindete Wahlrecht sich durchaus bewährt habe".

Damit bestätigt Wilhelm II. die Richtigkeit einer sozialdemokratischen Behauptung, die während des Wahlkampfs vom nationalen Block und den Organen der Regierung allgemein bestritten wurde. Während des Wahlkampfes wurde erklärt, daß von einer Gefährdung und Anfeindung des Reichstagswahlrechts gar keine Rede sein konnte, und alles was darüber von unserer Seite gesagt wurde, war einfach „sozialdemokratischer Wahlschwindel". Jetzt aber wird von einer Seite, der Voreingenommenheit für sozialdemokratische Behauptungen nicht nachgesagt werden kann, festgestellt, wer in Wirklichkeit Wahlschwindel getrieben hat: der nationale Block und die „Nordd. Allgemeine Zeitung", die ihn bestritten.

In welchem Maße das Reichstagswahlrecht angefeindet wird, dürfte niemand besser wissen, als der deutsche Kaiser, der ja selbst in seiner Eigenschaft als König von Preußen Anhänger des Dreiklassenwahlrechts ist. Nun, da der deutsche Kaiser anerkennt, daß sich das allgemeine Wahlrecht „bewährt" habe, wäre es wünschenswert, daß ihm der König von Preußen bei dem nächsten Empfang der preußischen Landtagspräsidien mit der gleichen Anerkennung folgte. [illegible] zu verteidigen.

Das ist nun freilich nicht zu erwarten, sondern es ist im Gegenteil zu befürchten, daß die vom Kaiser festgestellten Anfeindungen des Reichstagswahlrechts erst recht nicht aufhören werden. [illegible]

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß in ihrer gestrigen Sitzung die Einbringung einer Interpellation über die Wahlbeeinflussung der Regierung [illegible]

Die Wahlen [illegible] des Reichstags [illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

Ein neuer Vorstoß gegen den „Simplicissimus". [illegible] gegen den „Simplicissimus" in den heiligen Krieg. Eine Vertreter-Versammlung des Kriegervereins des Landkreises Bonn am Rhein nahm dieser Tage unter dem Vorsitz des königlichen Landrats Grafen von Galen Stellung gegen den „Simplicissimus". Ueber den „Antrag auf Ausschließung der Zeitschrift „Simplicissimus" aus den Vereinslokalitäten" referierte, wie die Bonner „Deutsche Reichszeitung" schreibt, der Schriftführer. Er ging davon aus, daß „es mit dem Wesen der Kriegervereine nicht vereinbar sei, eine derartige Zeitschrift in den Lokalitäten der Kriegervereine auszulegen". Sein Vorschlag, fernerhin den „Simplicissimus" aus den Vereinslokalen auszuschließen, fand nach einigen bezüglichen Bemerkungen des Vorsitzenden, Grafen Galen, einstimmig die Zustimmung der Versammlung.

Nun, dem „Simplicissimus" wird dieser Beschluß wenig schaden. Sein geistvoller Witz ist für den Verstand eines echten Kriegervereinlers so wie so viel zu hoch. Ob es aber im Interesse der vom Touristenverkehr stark abhängigen Wirte jener Gegend liegt, sich dem Banausentum der übersittlichen Krieger zu fügen, das steht auf einem anderen Blatte.

Wahlprotest haben unsere Genossen auch im Wahlkreise Sonneberg-Saalfeld, den bisher Genosse Reißhaus vertreten hatte, eingelegt. Dort hatte diesmal der freisinnige Schuldirektor Enders mit 178 Stimmen Majorität gesiegt.

Sogar im Lande des Ochsenkopfs ist nunmehr eine etwas modernere Verfassung zu erwarten, die sich an die frühere württembergische anlehnt. Den Widerstand der „Ritter" will die Regierung im Notfalle durch den Bundesrat brechen. — Im alten Stammlande der echten Junker wird man bald weiter sein, wie im modernen Preußen.

Das Zeugnisverweigerungsrecht der Abgeordneten. Anknüpfend an den Fall Erzberger im Pöplau-Prozesse haben die Abgg. Bassermann und Dr. Heinze (natl.) folgenden Antrag gestellt: „Die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, mit tunlichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Berechtigung der Mitglieder des Reichstags oder anderer gesetzgebender Versammlungen sichergestellt wird, wegen desjenigen, was ihnen in Ausübung ihres Berufs anvertraut worden ist oder was sie in Ausübung ihres Berufs anderen anvertraut haben, ihr Zeugnis zu verweigern."

Kleine politische Nachrichten.

Der „Lokalanzeiger" meldet: Kolonialdirektor Dernburg beabsichtigt, seine erste Kolonialreise, für die vier Monate in Aussicht genommen sind, auf Ostafrika zu beschränken, und gedenkt, die Reise unmittelbar nach Schluß der Reichstagssession, die Reise unmittelbar nach Schluß der Reichstagssession, die etwa Mitte Mai zu erwarten sein dürfte, anzutreten. — Der „Reichsanzeiger" meldet: Oberlandesgerichtsrat Dr. Borzig in Jena wurde zum Reichsgerichtsrat ernannt. Borzig war im vorigen Reichstag Mitglied der konservativen Fraktion. — Der Elsässer Preiß, Hospitant der Zentrumspartei, hat beim Reichstag einen Antrag eingebracht, die bestehende Ausnahmestellung Elsaß-Lothringens zu beseitigen und das bisherige freie Reichsland Elsaß-Lothringen als weiterer Staat den Staaten, aus denen das Deutsche Reich besteht, hinzuzufügen. — An die Räumung der Mandschurei denkt Japan noch gar nicht. Im Gegenteil, es sucht seinen Einfluß dort noch zu vergrößern. So hat es jetzt 50,000 Tonnen stählerne Wagen für die mandschurischen Eisenbahnen zu sofortiger Verschiffung bestellt.

Ausland.

Weil Deutschland rüstet. Aus dem englischen Unterhause wird berichtet: Die Anfrage des Konservativen Hunt, welche Reserven außer den 14 Linienschiffen der Kanalflotte mit Rücksicht auf die demnächst von Deutschland erreichte Stärke seiner aktiven Schlachtflotte von 16 bezw. 18 Linienschiffen zur sofortigen Verstärkung der Flotte in den heimischen Gewässern im Bedarfsfalle bereit gehalten würden, beantwortet Admiralitätssekretär Robertson. Dieser erklärt, daß er zunächst nicht billigen könne, wenn eine bestimmte fremde Macht als mutmaßlicher Gegner Großbritanniens hingestellt werde, daß er in der Sache selbst aber die Annahme, daß die Flotte in den heimischen Gewässern einem plötzlichen Angriff nicht gewachsen sei, als unrichtig bezeichnen müsse. Kriegsminister Haldane legt sodann das Heeresbudget vor und bespricht in eingehender Weise seine Reorganisationsvorschläge.

* * *

Clemenceau über die kirchliche Lage. Dieser Tage wurde Clemenceau über die kirchliche Lage interviewt. Ueber Briand äußerte er, dieser sei ein gerader, aufrechter Charakter; doch trage Briand sich mit Illusionen; er glaube, daß er durch seine persönliche, wahrhaft freiheitliche Methode die Kirche zum Abschluß eines Vertrages bringen werde. „Ich fürchte", fuhr Clemenceau fort, „Briand kennt die katholische Kirche mit ihrem Hochmut schlecht. Wenn der Vertrag nicht zustande kommt, dann wird auch kein Unglück passieren. Die Kirchen bleiben offen. Wir lassen [illegible] aus den beschlagnahmten Kirchengeldern [illegible] und halten im übrigen die Augen auf. Wir haben unseren Gegnern gezeigt, was wir unter Freiheit und Frieden verstehen. Wenn sie es nicht verstanden haben, aus unserer Haltung die Vorteile zu schöpfen, die ihnen geboten wurden, so ist das ihre Sache. Weiter gehen wir nicht. Die Kammer würde uns nicht folgen, und Briand selbst würde Halt machen. Wir waren es ihm schuldig, diesen letzten Versuch zum Frieden zu machen. Jetzt aber ist es zu Ende!"

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. Februar.

Die Tarifbewegung der Tapezierer.

[illegible] Lohntarif [illegible] haben die Arbeitgeber [illegible]

[illegible]

[illegible] ein Tarifschiedsamt [illegible] am 26. Februar [illegible] Entscheidung über eine [illegible] Lohnbewegung beschlossen werden soll.

Reichstagswahlfonds-Sammellisten stehen noch in großer Anzahl aus. **Zur endlichen Abrechnung** müssen dieselben **sofort** eingeliefert und abgerechnet werden. Hierzu ergeht an die Distriktsführer und sonstigen Inhaber von Listen die **allerdringendste Aufforderung.**

Das Wahlkomitee.
Max Wiener, Kassierer.

* **Die Straßenbahnverbindung der Scheitniger Vorstadt.** Zu unseren letzten Ausführungen über diese Frage schreibt uns ein Genosse, daß auch die Gräbschener Direktion dem Verkehrsinteresse mehr Entgegenkommen beweisen könnte. Es könne nicht im Interesse der Bewohner des Stadtteils liegen und sei eines großen Verkehrsinstituts unwürdig, daß früh der erste Wagen von der Haltestelle Hirschstraße erst um 7,15 Uhr abgeht. Die Arbeiter, die draußen in den Scheitniger Vierteln wohnen, können diesen Wagen für ihre Fahrt nach der Arbeitsstelle nicht mehr benutzen. Natürlich werden die Wagen, wenn sie früher gehen — in Leipzig verkehren sie schon von 5½ Uhr ab — nicht immer voll besetzt sein. Aber ein großes Verkehrsinstitut hat eben auch die Verpflichtung, sich einmal den Bedürfnissen des Verkehrs selbst dann anzupassen, wenn auch keine großen Ueberschüsse dadurch erzielt werden.

* **Einführung des Einkilopakets.** Der Verband reisender Kaufleute Deutschlands in Leipzig hat an den Staatssekretär des Reichspostamts eine Eingabe um Einführung eines Einkilopakets mit dem **Frankobetrage von 30 Pfg.** durch alle Zonen, ohne Begleitadresse, gerichtet. Der Verband begründet seine Eingabe damit, daß ein großer Teil der Industrie-Waren verfertigt, die im einzelnen Stück nur geringen Handelswert besitzen, zum Versand als Warenproben aber entweder unzulässig sind oder sich nicht eignen, und bei denen die Versendung über die erste Zone hinaus der Frankobetrag sehr oft den Handelswert der Ware selbst übersteigt. Die Einrichtung würde einer großen Reihe von Handels- und Industriezweigen zugute kommen, zumal denen, die ihre Waren dem Käufer vorher bemustern müssen. Ein Ausfall an Einnahmen sei wohl nicht zu befürchten, da sich der Preis des Kilopakets mit der Gebühr für größere Warenproben und Drucksachen deckt.

* **Das Schicksal des Ochsenkopfbechers** wird wohl noch lange im Ungewissen schweben. Wie jüngst gemeldet wurde, war durch die dritte Zivilkammer des Landgerichts I **München** ein Zwischenurteil ergangen, durch welches die Weigerung der Berliner Kunsthändler Jacques van Dames und Albert Salomon in der Klage der Breslauer Vereinigten Fleischer-Innung gegen den Kunst- und Antiquitätenhändler Adolf Stern, Inhaber der Firma A. J. Drey in München, auf Herausgabe des Beckers Zeugnis abzulegen, als unberechtigt bezeichnet worden. Die Zeugen sollten nunmehr **gezwungen** werden, ihre Aussagen vor Gericht zu machen. Gegen dieses Zwischenurteil haben Dames und Salomon Beschwerde beim Oberlandesgericht München erhoben und ihren Münchener Prozeßvertreter beauftragt, erforderlichenfalls auch eine Entscheidung des Reichsgerichts herbeizuführen. So lange aber das erwähnte Zwischenurteil nicht rechtskräftig geworden ist, kann der Hauptprozeß nicht weitergeführt werden.

* **Auf Engagement** gastierte am vorigen Sonntag als Don Cesar in der „Braut von Messina" Herr **Rosenberg** vom Hoftheater in Meiningen. Aus der übernommenen Rolle muß man darauf schließen, daß der Gast als Nachfolger des Herrn Bernau in Frage kommt. Gewiß war der Künstler vor die Lösung einer schweren Aufgabe gestellt; der Don Cesar des Herrn Bernau gehörte zu dessen besten Leistungen. Von vornherein muß erklärt werden: Herr Rosenberg ist der Aufgabe, einen Künstler wie Bernau zu ersetzen, nicht gewachsen. Was von seinem Munde erklang, das waren nicht Schillers wunderbare Verse, es war ein leeres Hersagen des — noch dazu schlecht — Auswendiggelernten, ohne jede Verinnerlichung und Wärme der Ueberzeugung. Herr Rosenberg ist noch so unfertig in seiner technischen wie künstlerischen Ausbildung, daß unseres Erachtens von einem Engagement für einen auch nur einigermaßen wichtigen Platz an unseren vereinigten Bühnen gar nicht die Rede sein kann.

* **Im Stadttheater** findet am Dienstage ein Gastspiel von Frl. Eva von der Osten statt. Die Künstlerin wird die Titelpartie in Gounods Oper „Margarete" singen. Am Mittwoch singt Frl. Eva von der Osten für Gastspiel in „**Mignon**" von Thomas fort. Für Donnerstag ist Zerkübes gefälliges Lustspiel „**Ein Frauenkampf**" in Verbindung mit Kadelburgs einaktigem Schwank „**In Zivil**" angesetzt. Am Freitage folgt die Aufführung von Julius Sterns Oper „**Marcita Mantua**". Am Sonnabende singt Frl. Eva von der Osten die Gilda in Kreutzers Oper „**Das Nachtlager in Granada**". Zum Schluß des Abends geht Offenbachs einaktige Operette „**Die Verlobung bei der Laterne**" in Szene.

* **Im Lobe-Theater** wird Lébars Operette „**Die lustige Witwe**" am **Dienstage und Donnerstage** wiederholt. Am **Mittwoch und Freitage geht „Husarenfieber"** in Szene.

* **Im Thalia-Theater** wird als erste Volksvorstellung der neuen Reihe Sudermanns Schauspiel „**Johannisfeuer**" am **Dienstage für Gruppe J** gegeben. **An der Abendkasse sind Billette zu haben. Am Donnerstage** wird die Vorstellung für **Gruppe K** wiederholt. — Die Ausgabe der Billette für die am **Freitage** stattfindende Volksvorstellung von „**Dorf und Stadt**" erfolgt am Donnerstage von 10 bis 1 Uhr bei Herrn Eugen G. Bernard, Sadowastraße 60.

* **Im Breslauer Schauspielhause** geht am Dienstag das fesselnde Schauspiel „**Moderne Diplomaten**" von Kurt von Mendrode" in der bisherigen Besetzung in Szene. Am Mittwoch findet eine Wiederholung der recht beliebt gewordenen Operette „**Die Juxheirat**" von Franz Lehar statt. **Am Donnerstag** gelangt zum raschen Male das vieraktige Lustspiel „**Das Weib vom blauen Mann**" von Jon Lehmann zur Aufführung. Das Werk ist zu Berlin der Spielzeit am Königlichen Schauspielhause in Berlin mit bestem Erfolge gegeben worden. Der Verfasser wird der Aufführung beiwohnen. **Am Freitag** folgt die Jubiläums-Vorstellung der populären Operette „**Der Goldfisch**" von Georg Jarno.

* **Rezitations-Vortrag.** Der Breslauer Buchmacher-Gehilfen-Verein veranstaltet am **Sonntag, den 3. März,** in der Aula der Freien Religions-Gemeinde, Gartenstraße 111, einen Rezitations-Abend. Der bekannte Rezitator Hofschauspieler Emil Wallenter-Berlin wird das Melodrama „Enoch Arden", Gedicht von Alfred Tennyson, vortragen.

Die „Enoch Arden", die tragischen und doch in lebensfrohen Schein der menschenwürdigen Existenzen Erzählung führt uns der in der Schilderung der Natur und des Seelenlebens unübertreffliche Dichter am Meeresstrand vor Augen, uns es ergreifend, einen Charakter, uns er in seiner Entwicklung nicht so hoch erhaben erscheinen kann. Das Gedicht hat dramatisch in seinem poetischen Teil von erschütternder Tragik ist, wird Herr Wallenter durch seine meisterhafte Rezitation sicherlich bieten und zu lebhafter Darstellung bringen. — In Musik gesetzt und für Klavierbegleitung komponiert von Richard Strauß, ist dieses Melodrama geeignet, den Zuhörern einen genußreichen Abend zu bereiten, zumal auch die Klavierbegleitung [illegible]

Karten [illegible] 0 Pfg. sind in der Expedition der „Volkswacht" zu haben. Vorverkaufspreise für 20 Pfg. an der Kasse.

* **Arbeiter-Sänger-Bund.** Die schriftliche Probe findet Freitag, den 1. März, Abends 8 Uhr, im Saale des Gewerkschaftshauses statt. Die noch fehlenden Fragebogen betreffs Zusammenstellung der Statistik sind abzuliefern.

* **Ueberfahren.** Am 23. d. M. wurde auf dem Güterbahnhof des Hauptbahnhofes ein Arbeiter durch einen mit Kohlen beladenen Wagen **überfahren**, wodurch ihm beide Unterschenkel gebrochen wurden. Der Mann wurde, nachdem ihm Feuerwehrmannschaften Notverbände angelegt hatten, in dem Wolfschen Krankenhause untergebracht.

* **Unfall.** Ein Fräulein kam am 24. d. M. Vormittags auf der Adalbertstraße vor einem Straßenbahnwagen zu Fall und erlitt bei dem Sturz **schwere Wunden** im Gesicht.

* **Verlorene Ausweiskarte.** Die Ausweiskarte Nr. 295 des beim hiesigen Fernsprechamte beschäftigten Telegraphenarbeiters Oskar Hänsch ist in Verlust geraten. Die Hauseigentümer werden gewarnt, das Betreten der Bodenräume auf Grund der Karte 295 zu gestatten.

* **Unfug.** Am 22. d. Mts., Nachmittags, wurde ein junger Bursche dabei abgefaßt, wie er unter Benutzung einer Gummischleuder **Kirchenfenster** der Corpus-Christi-Kirche **einschoß.** Der Unfug ist schon seit mehreren Tagen verübt worden.

* **Vermißt** werden: seit dem 18. d. M. der 13 Jahre alte Fritz Harnuth, Michaelisstraße 63, seit dem 23. d. M. die Spinnereiarbeiterin Elisabeth Schmidt, Kleine Scheitnigerstraße 23.

* **Alarmierung der Feuerwehr.** Am 23. d. Mts., Vormittags, wurde die Feuerwehr nach Gabitzstraße 8 gerufen, wo in der Wohnung eines Arbeiters die **Kinder mit Streichhölzern** gespielt und Betten in Brand gesetzt hatten.

* **Gestohlen** wurden: aus dem Hauptbahnhof 14 gußeiserne Platten im Werte von 125 Mark, einer Apothekersfrau in einem Geschäft auf der Ohlauerstraße ein rotes Portemonnaie mit 30 Mk. aus der Handtasche, ferner wurden gestohlen: aus einer Bodenkammer zwei Paar Züchen, gez. M. D., zwei Paar Bettücher, drei Damenhemden, gez. L. L., drei Herrenhemden, gez. N. L., sechs Handtücher, drei Paar Kinderunterhosen und eine Nachtjacke; von einem Rollwagen eine Kiste Bindfaden, gez. M. F. 1254.

* **In das Polizeigefängnis** wurden am 23. und 24. d. M. 68 Personen eingeliefert. — **Gefunden** wurden: eine Pelzboa, drei Schirme, eine Lorgnette und ein Medaillon, gez. L. A. — **Abhanden kamen:** ein goldenes Kettenarmband, ein Gebetbuch und zwei Portemonnaies mit 20 Mk. bezw. 79 Mk.

* **Ein Dieb** treibt seit einigen Tagen dadurch sein Unwesen, daß er in verschiedenen Häusern aus den Bedürfnisräumen die Messingwasserhähne, sowie Bleiröhren abtrennt und mitnimmt, um dieselben dann an einen Produktenhändler zu verkaufen. In einem dieser Fälle ist durch das Treiben dieses Burschen ein schwerer Wasserschaden entstanden.

* **Festgenommen** wurde ein Glasmacher, der sich selbst gestellt hatte, unter der Selbstbezichtigung, 50 Mark ihm anvertrautes Geld unterschlagen zu haben.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* **Achtung, Bauanschläger!** Ueber die Neubauten Bohrauerstraße Nr. 103 — Herrn **Scholz** gehörig — und Herdainstraße Nr. 63 — Herrn **Hoffmann** gehörig — ist für Bau-Anschläger die Sperre verhängt, da die Bau-Anschläger **Gebrüder Lindner nicht tarifmäßig** arbeiten. — Dasselbe ist der Fall auf dem Neubau Dessauerstraße 5, Herrn **Puschmann** gehörig. Auch dort arbeiten die Anschläger **Devonte und Massini** unter dem im Tarif vereinbarten Preise. Alle Berufskollegen wollen dies streng beachten.

* **Achtung, Steinsetzer!** Die Zahlstelle der Steinsetzer befindet sich vom 15. **März** ab in **Exners Restaurant, Kleine** Scheitnigerstraße 20.

* **Achtung, Holzarbeiter!** Die Aussperrungswut des Berliner Unternehmertums kennt keine Grenzen, bereits tausende unserer Kollegen sind seit einigen Wochen dem Hunger preisgegeben und allem Anschein nach, gibt man sich der Illusion hin, dem verhaßten Holzarbeiterverband das Lebenslicht auszublasen. Daher ist es nötig, auch die Breslauer Kollegen über die Lage in Berlin aufzuklären. Es ist zu diesem Zweck Kollege Exner aus Berlin gewonnen worden, der in einer Holzarbeiter-Versammlung uns über die ganze Angelegenheit Aufklärung geben wird. Agitiere daher jeder für zahlreichen Besuch.

Versammlungen und Vereine.

Der deutsche Metallarbeiter-Verband, — Branchenabteilung der Bauanschläger — beschäftigte sich in der letzten, am 19. Februar cr. abgehaltenen Mitglieder-Versammlung mit dem gegenwärtigen Stande der Organisation und den ferneren Aufgaben derselben. Der Obmann, Kollege **Seidel**, führte in seinem Vortrage aus, daß man nun, nach fünfmonatlichem Bestehen des neuen Lohntarifs, schon eine ziemlich sichere Uebersicht gewinne, ob die Hoffnungen in Erfüllung gegangen, die beim Beginn der Lohnbewegung gehegt wurden. Nach einer, im vorigen Jahre gemachten Aufstellung befanden sich rund 150 Bauanschläger am Orte, unter denen sich aber noch eine Anzahl sogenannter Zwischenmeister befand. Nach den gegenwärtigen Feststellungen gehören noch einige 80 Kollegen unserer Organisation an. Dieser Rückgang sei wohl in der Eigenartigkeit der Arbeitsverhältnisse zu suchen. Durch Einführung des Systems der Werkstatt-Vertrauensmänner und regelmäßige Werkstatt-Besprechungen soll versucht werden, das verlorene Terrain wieder zu gewinnen und den Einfluß unserer Organisation zu stärken. Es soll aber auch gegen eine Sorte von Arbeitnehmern energisch Stellung genommen werden, die in unserem Gewerbe diese Bezeichnung nicht verdienen. Es sind dies Leute, die sich um die Hebung unseres Berufes nicht im geringsten kümmern. In Schleuderbetrieben werden Arbeiten übernommen, und ohne Beachtung des bestehenden Tarifs wird bis in die Nacht hinein gearbeitet. Durch ein derartiges Verhalten wird nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die tarifreuen Arbeitgeber auf das schwerste geschädigt. Als Beispiele führte Redner die Bauanschläger Gebrüder Lindner, sowie Devonte und Massini an. Am Schlusse seines Vortrages richtete Kollege Seidel einen Appell an alle im Baufach tätigen Arbeitskollegen, die Bauanschläger in ihrem Kampfe um die Anerkennung und Durchführung des Lohntarifs durch Erhaltung des Solidaritätsgefühls zu unterstützen. Er machte darauf aufmerksam, daß die Maximal-Arbeitszeit auf Bauten 8½ Stunden, von früh 7 bis Abends 3½ Uhr (inkl. 2 Stunden Pause) beträgt. Ueberstunden und Sicht-Arbeit ist verboten. Jeder ordentliche Bauanschläger muß im Besitze einer grünen Mantelkarte sein, welche als Ausweis dient, und worauf die Monatsbeiträge abgestempelt sind. Karten, welche zwei Monate nicht gestempelt sind, haben keine Gültigkeit. Nachdem noch die Neubauten Bohrauerstraße 103 und Herdainstraße 63, wo die bereits erwähnten Gebrüder Lindner beschäftigt sind, sowie der Neubau Dessauerstraße 5, wo die eingangs bezeichneten Bauanschläger Devonte und Massini arbeiten, als gesperrt für Bauanschläger bezeichnet worden waren, fand Schluß der Versammlung statt.

Aus Schlesien und Posen.

Die Entrignung der Polen.

Das „Berliner Tageblatt" kündigt an, daß eine außerordentliche Session bevorstehe, die den Zweck hat, der antipolnischen Ansiedlungskommission das Enteignungsrecht zu verleihen. Die Ansiedlungskommission soll zunächst für allen in polnischen Gebieten befindlichen Grundbesitz ein Vorkaufsrecht erhalten, ihr soll aber auch für den Fall unverhältnismäßiger Preisforderungen das Enteignungsrecht verliehen werden. Damit gibt die Regierung dem Volk nur mit Mühe, noch dem alle Wirksamkeit und Kapitalkraft genommen sollten, wieder die aber auch das Recht nimmt, die Zwangsmaßnahmen wegen ihrer „Gemeinnützigkeit" anzuzweifeln, ob auch Gewalt der Zweck nicht rechtfertigt.

Hirschberg, 25. Febr. Der Ausführung des städtischen Elektrizitätswerkes steht nun wohl nichts mehr im Wege, nachdem der Provinzialausschuß den Vertrag zwischen der Stadtgemeinde Hirschberg und dem Provinzialverbande genehmigt hat. Das Werk soll nach den bisherigen Annahmen Ecke Hospitalstraße und Aeußere Burgstraße zu liegen kommen, also an die Stelle des alten städtischen Krankenhauses. Es besteht die Absicht, das Werk im Laufe dieses Jahres fertigzustellen, damit vom 1. Januar 1908 ab bereits der Strom an die Interessenten abgegeben werden kann.

Standesamtliche Nachrichten.

Heirats-Ankündigungen. I. Bäckermeister Richard Pietsch, ev., Alsenstr. 35, und Maria Hartmann, kath., Tauentzienstraße 36. — Anstreicher Friedrich Schart, ev., Hildebrandtstr. 8, und Pauline Barwanitz, ev., Hildebrandtstr. 26. — Zuschneider Franz Bilek, kath., Alsenstr. 50 und Helene Raub, ev., Friedrich-Wilhelmstraße 105. — Kaufmann Manfried Braun, jüd., Berlin, Blankenfeldstr. 11, und Franziska Falk, jüd., Wallstr. 1. — Zigarrensortierer Paul Schumann, ev., Anderssenstr. 46 und Anna Ting, kath., Anderssenstr. 46. — Kaufmann Oskar Leuchtmann, ev., Lichtenberg, Kreis Nieder-Barnim, und Maria Brauner, kath., Taschenstr. 1. — Kunstmaler Johannes Genehr, ev., Freiburgerstr. 24, und Margarete Müntner, ev., Schmiedebrücke 62. — Städtischer Volksschullehrer Heinrich Herda, Neudorfstr. 89, und Elsa Neumann, kath., Alsenstraße 51. — Bahnarbeiter Adolf Kadelke, ev., Hummerei 45, und Susanna Cyrul, ev., Hummerei 45. — Bäcker Aloys Zimmermann, kath., Stockgasse 11, und Ida Richter, ev., Messergasse 24. —

Geburten. I. Kontrolleur Karl Rosenberger, kath., S. — Schmied Friedrich Sander, ev., S. — Glasermeister Georg Anders, evang., S. — Maler Karl Strietzel, jüd., S. — Buchhalter Ernst Nitschke, ev., S. — Eisendreher Ernst Rademacher, ev., S. — Arbeiter Karl Freier, freirel., S. — Bäcker August Sauer, kath., S. — Telegraphenarbeiter Eduard Schoske, kath., T. — Arbeiter Karl Gabel, kath., T. — Schneider Franz Meier, freirel., T. — Schneidermeister Josef Gramer, kath., T. — Eisendreher Georg Grühe, ev., S. — Schlosser Bernhard Müller, kath., T. — Bahnarbeiter Karl Jeschor, kath., T. — Schneider Richard Jonczyk, kath., T. — Gastwirtsbesitzer Karl Keil, ev., S. — Tischler Robert Klouftsky, kath., S. — Tischlermeister Paul Nicolai, ev., T. — Haushälter Ernst Thiel, ev., S. — Schlosser Friedrich Viertel, ev., T. — Schlosser Richard Hillebrand, kath., T. — Blumenhändler Johann Konrad, kath., S.

Todesfälle. II. Kohlenhändlerswitwe Maria Siegert, geb. Lenzel, 66 J. — Eisenbahnarbeiters-Witwe Ernestine Methner, geb. Weber, 65 J. — Schlossergeselle Arthur Klimke, 18 J. — Kaufmannswitwe Therese Fleck, geb. Reisner, 64 J. — Kupferschmied Julius Kerakisch, 74 J. — Gasanstaltsarbeiters-Witwe Julianna Bistry, geb. Katischeck, 61 J. — Maria Schrumpel, ohne bes. Stand, 60 J. — Hedwig, T. des Hilfsmaschinisten Anton Meierski, 4 J. — Elfriede, T. des Restaurateurs Hermann Reichelt, 17 Tg. — Kaufmann Adolf Wohlmann, 66 J. — Schauspieler Anton Brenner, 27 J. — Böttcher Wilhelm Lux, 41 J. — Josef, S. des Bahnarbeiters Paul Lachawitz, 3 Mon. — Marianna Paula, T. des Mittelschulrektors Richard Müller, 2 Tg. — Marie, T. des Totengräbermeisters Karl Saremba, 7 Woch. — Maurermeister Hermann Riemann, 78 J. — Elfriede, T. des Arbeiters August Batschkuhl, 2 Mon. — Näherin Lina Schmalholz, 67 J. — Arbeiterswitwe Susanna Weiß, geb. Zeugner, 56 J. — Hilfsbremser Franz Frost, 70 J. — Irma, T. des Haushälters Hugo Guse, 3 Wochen. — Lucie, T. des Möbelpackers Reinhold Ueberscher (alias Karther), 2 Jahre. — Wirtschaftsinspektorsfrau Pauline Hickmann, geb. Welke, 77 J. — Hilda, T. des Kaufmanns Julius Seidenberg, 11 Tg. — Maschinenmeister Josef Selinger, 51 J. — Schuhmachermeisterwitwe Rosalie Beier, geb. Winter, 75 J. — Paul, S. des Gepäckträgers Gustav Hanke, 2 Tg. — Magistrats-Hilfsdiener Trangott Donat, 55 J. — IV. Verw. Schäfer Rosalie Florian, geb. Windisch, 82 J. — Verw. Hausbesitzer Maria Meisel, geb. Weinert, 64 J. — Verw. Lehrer Johanna Gaertner, geb. Glückmann, 73 J. — Margarete, T. des Kutschers Friedrich Ludwig, 9 J. — Anna, T. des Haushälters Paul Krause, 5 Min. — Portmonnaiefabrikant August Herde, 66 J. — Verw. Buchhändler Bertha Stutsch, geb. Grosser, 64 J. — Werkmeister Albert Langer 62 J. — Herbert, S. des Motorwagenführers Albert Klose, 8 Mon. — Willy, S. des Postillons Karl Schmiade, 1 J. — Willy, S. des Gärtners Paul Kahl, 8 Mon. — Elisabeth, T. des Milchhändlers Hermann Berger, 3 Mon. — Hausbesitzer Paul Scholz, 52 J.

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

25. u. 26. Februar:	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morgs. 7 Uhr.
Lufttwärme (C.) . .	+ 1,0	— 1,0	— 1,9
Luftdruck bei 0° (mm)	749,2	754,4	756,4
Dunstdruck (mm) . .	4,0	3,1	3,1
Dunstsättigung (pCt.)	81	73	78
Wind (0—12) . . .	N 3	NW 3	SW 3
Wetter	bedeckt	bewölkt	bedeckt

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienstag, den 26. Februar.

	Heute früh 7 Uhr			Temp.-Extr.		Wetter
	Temp.	Wind	Rdschl.	Max.	Min.	
Rosenthal b. Br.	—1	SW 1	0	2	—3	meist bedeckt
Beuthen OS.	—3	NW 1	1	0	—2	"
Habelschwerdt	—9	SW 1	gering	1	—9	"
Bresl. Sternw.	—2	SW 3	0	2	—3	"
Görlitz	—1	SW 2	0	—1	—3	"
Ostrowo	—3	W 1	1	2	—8	"

Literatur.

Plutus. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernhard). Inhalt vom 8. Heft des vierten Jahrganges: Filialwucher; Rechtswissenschaft und Gerichtspraxis. Vom Rechtsanwalt Dr. jur. Max Alsberg-Berlin; Revue der Presse: Börsenkritik; Das Weltkind in der Mitten; Nationalbank für Deutschland; Zahlungsbilanz und Handelswissenschaft; Industrieobligationen; Tonium; Allgemeines Wahlrecht und Wirtschaftspolitik; Berichtigung; Gedanken über den Geldmarkt. Von Silva; Antworten des Herausgebers; aus Fabrik und Werkstatt; Ches und Angestellte; Neue Literatur; Emissionen; Generalversammlungen.

Abonnements einschließlich der Plutus-Merktafel, die alle Ereignisse der kommenden Woche enthält, vierteljährlich per Post und Buchhandel 350 Mark, direkt vom Verlag 4 Mark. Probehefte gratis in jeder Buchhandlung und vom Verlag, Berlin-Charlottenburg, Goethestraße 63.

Briefkasten.

Jawodzie. Ja, durch Verfügung der Regierung kann der Name einer Person geändert werden. Es entstehen dadurch Kosten.

Lüben. Die Taschen der Frau können neben Schulter des Mannes nicht entdeckt werden.

Kattowitz. Im Jahre 1888 sechs Wochen lang.

Neubau. 1. Der Kaiser kann den Rechtsweg ausschließen, so oft er will. 2. u. 3. Ja, z. B. in Breslau, Görlitz usw.

Vereins-Kalender.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 26. Februar:

Töpfer. Mitgliederversammlung, abends 8 Uhr, Zimmer 2.

Mittwoch, den 27. Februar:

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Turnstunde.

Donnerstag, den 28. Februar

Maler, Lackierer und Anstreicher. Generalversammlung im Saale. Abends 7 Uhr.

Arbeiter-Abstinenten-Bund. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr. Zimmer 5.

Freitag, den 1. März:

Arbeiter-Sänger-Bund. Sechswöchentliche Probe im großen Saale. Abends 8 Uhr.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 3 (Sauerbrunnen).

Bezirke 10, 11, 16, 17 u. 18. Mittwoch, den 27. Februar: Zusammenkunft.

Mittwoch, den 27. Februar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder für die Bezirke 12, 13, 14, 15 und 19. Frauen sind eingeladen.

Distrikt 4 (Nikolaitor).

Bezirke 2, 3 u. 4. Mittwoch, den 27. Februar, Abends ½9 Uhr: Zusammenkunft.

Distrikt 5 (Pöpelwitz).

Dienstag, den 26. Februar, Abends 8 Uhr: Bezirksführer-Besprechung im Distrikts-Lokal.

Distrikt 6 (Nikolaitor).

Bezirke 4 u. 15 (Anderssenstraße von 1—27 und von 2—26). Mittwoch, den 27. Februar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend im bekannten Lokal.

Distrikt 9 (Obertor).

Donnerstag, den 28. Februar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer im Distriktslokal Meisenburgerstraße.

Distrikt 10 (Sandtor).

Dienstag, den 26. Februar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer im Distriktslokal, Blücherstraße 15. Zahlabend. Besprechung wichtiger Angelegenheiten usw. Ausstehende Sammellisten zur Reichstagswahl sind spätestens an diesem Tage abzuliefern.

Distrikt 13 (Scheitnig).

Donnerstag, den 28. Februar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft bei Scholz's Erben, Kleine Scheitnigerstr. 56. Neuwahl von Bezirksführern. Abrechnung und Uebergabe an den neuen Distriktsführer.

Distrikt 14 (Ohlauer Tor).

Dienstag, den 26. Februar: Zusammenkunft der Bezirksführer. Abrechnung.

Distrikt 17 (Schweidnitzer Tor).

Donnerstag, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer, Abrechnung und Auszahlung der Volkswachtabonnenten bei Jenner, Lohestraße 77.

Distrikt 17 (Schweidnitzer Tor, nördl.)

Dienstag, den 26. Februar, Abends 8 Uhr: Abrechnung der Bezirksführer im bekannten Lokal.

Landbezirk 2.

Bezirk 3 (Groß-Mochbern). Sonnabend, den 2. März, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend.

Liegnitz. **Gewerkschaftskartell.** Donnerstag, den 28. Februar, Abends ½9 Uhr: Sitzung. Tagesordnung: Wahl des Vorsitzenden, Abrechnung vom Gewerkschaftshaus und dem Lokalfonds usw.

Goldberg. **Sozialdemokratischer Verein.** Sonnabend, den 2. März, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Gasthof zum „Neuen Hause".

Waldenburg. Das Arbeiter-Sekretariat befindet sich Friedländerstraße 28. — Jeden Donnerstag: Sprechstunden in Gottesberg, Fürstensteinerstraße 17 (Hinterhaus).

Friedland (Kr. Waldenburg.) **Textilarbeiter-Verband.** Donnerstag, den 28. d. Mts., Abends 8 Uhr: Versammlung in den „Fürstentümern". Sehr wichtige Tagesordnung. Deshalb das Erscheinen aller Mitglieder Pflicht.

Der Bevollmächtigte.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — sämtlich in Breslau.

Hierzu 1 Beilage.

Am 24. d. Mts. starb plötzlich nach schwerem Leiden mein lieber Mann, Vater, Bruder und Schwager, der Tischler

Karl Sinne

im Alter von 43 Jahren 7 Monaten. 921

Dies zeigt an

Die trauernde Witwe nebst 4 Kindern.

Beerdigung: Mittwoch, den 27. Februar, nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause, Wörtherstrasse 18, nach Pohlanowitz.

Am 24. d. M. starb plötzlich nach schweren Leiden unser Kollege, der Tischler

Karl Sinne

im Alter von 43 Jahren 7 Monaten. 920

Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren

Die Tischler, Drechsler, Tapezierer und Hausbälter der Firma F. Just, Rossplatz 13.

Am Sonntag, den 24. Februar, verschied unser Mitglied, der **Tischler**

Karl Sinne 927

im Alter von 43 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Der sozialdemokrat. Verein für Breslau u. Umgegend.

Beerdigung: Mittwoch, den 27. d. Mts., nachm. 2½ Uhr, vom Trauerhause Wörtherstrasse 18.

Am 24. d. M. verstarb unser Freund und Kollege, der Tischler

Karl Sinne

im Alter von 44 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause Wörtherstrasse 18, nach Pohlanowitz. 923

Todesanzeige.

Am Sonntag, den 24. d. Mts., verschied unser Kollege, der Maurer 922

Hugo Kreusel

Mitglied seit dem 1. Juli 1907.

Ehre seinem Andenken.

Der Zentralverband deutscher Maurer. Zweigverein Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, nachm. 4 Uhr, vom Sterbehause aus.

Am Sonntag, den 24. Februar, verschied unser Mitglied, der Maurer und Tünncher

Emma Kassner

im Alter von 19 Jahren. 924

Ehre ihrem Andenken!

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Mittwoch, den 27. d. Mts., nachm. 4 Uhr, vom Sterbehause aus.

Achtung Holzarbeiter!

Donnerstag, den 28. Februar 1907, abends 8 Uhr, im Saale des „Herrn Lauterbach", Schweidnitzerstraße 54:

Oeffentliche Holzarbeiter-Versammlung

Tagesordnung:

1. Referat über den Streik der Berliner Holzarbeiter. — Referent: Herr Schumann.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Die Lokalverwaltung.

Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturgeschichte.

Vortrag, gehalten bei der sozialdemokratischen Bewegung am Vorwärts

Von Paul Kampffmeyer.

Preis 30 Pfg.

Zu haben im Buchhandlung „Volkswacht", Neue Graupenstraße 5/6.

Stadt-Theater.

Dienstag:
Gastspiel Eva von der Osten: „Margarete".
Mittwoch:
Gastspiel Eva von der Osten: „Mignon".
Donnerstag:
„Frauenkampf". „In Zivil".

Lobe-Theater.

Dienstag:
„Die lustige Witwe".
Mittwoch:
„Juxarenfieber".
Donnerstag:
„Die lustige Witwe".

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Dienstag, Gruppe J. 1. Vorstellung.
„Johannisfeuer".
Donnerstag, Gruppe K. 1. Vorstellung.
„Johannisfeuer".
Freitag:
Humboldt-Verein.
Volks-Vorstellung:
„Dorf und Stadt".

Breslauer Schauspielhaus

Dienstag:
„Moderne Diplomaten".
Mittwoch:
„Die Jungfrau".
Donnerstag, Freitag:
„Das Lied vom braven Mann".

Liebich's Etabl.

Das brillante Februar-Programm.

Beginn 7 Uhr.

Victoria-Theater

(Sommergarten.)

Gastspiel Constantine Bernardi.

Anfang 7½ Uhr.

Wunderbarerweise letzter Tag

Donnerstag, den 5. März.

Zirkus Busch-

Gastspiele

The Royal Bio Co

Heute und folgende Tage

Beginn 8 Uhr.

Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag 4 und 8 Uhr.

Nachmittags Kinder zahlen Preise.

Neues Programm.

Nur erstes Jahr.

Hochaktuelles u. Humoristisches.

Gesellschaftsbilder.

Reise u. Naturaufnahmen.

Lehrreiches u. Spannendes aus fernen Ländern.

Jugend im Frieden.

Mutter Gott ist es Verrat.

Flucht d. Schwiegersohn.

Ein Schwiegersohn.

Perücke! 1 Stück 10 Pfg. Wachsbart 25 Pfg.

empfiehlt

Kaiser & Kaiser

Breiteste Gilgenstraße 20, Ecke Gartenstraße 20.

Gartenstraße 42, Ecke Gilgenstraße 42.

Sandstraße 7b, Ecke Gilgenstraße 18.

Tüchtige Maschinen-Näherin für Konfektion melde sich bei Wodoziecka, Hubenstraße 14, III. [919

Näherinnen auf Knaben-Jack. a. d. Hause und **Lehrmädchen** melden sich Schwarz, Augustastr. 11, Gth. III. [918

Barbierlehrling sucht Wagner, Waterloostr. 16. 926

2 schöne Damen-Masken billig zu verleihen bei **Geschwind, Anderssenstraße 28, IV.** [922

1 Sing. Mingich. für 27 Mk. bei **Rosenfeld, Neumarkt 1.** 680

Ein elegantes Stoff-Sofa für 25 Mk. zu verkaufen Sandstraße 15. 810

Achtung! Pfänder-Auktion.

Pfandleih-Institut. 693

Matthiasstr. 113, 1. Etage.

Verlängerung bis 6. März cr.

Die aus der 583

Bernh. Dollinger'schen Konkurs-Masse

herrührenden Bestände an Woll- u. Weisswaren, Posamenten, Wäsche für Damen, Herren u. Kinder, Handschuhe, Korsetts, Kurzwaren aller Art werden Albrechtstrasse 38, einschliesslich der Laden-Einrichtung, vorm. 8—1 u. nachm. 3—8 Uhr, zu unerreicht billigen überaus festgesetzten Preisen vollständig ausverkauft.

Möbel Spiegel. Polsterwaren

in dauernd bestbewährter Ausführung empfiehlt 95

Kein Abzahlungsgeschäft

sondern ein gern Zahlung.

Preise extra billig.

Waschspeiser	100 Mk.
Nachtisch	18 „
Trumeau mit Aufsatzspieg.	60 „
Schrank „ „	60 „
Bettstelle „ „	45 „
Diwan mit Schubladen und Kopfkissen	35 „
Diwan in guter Ausf.	36 „
Bettstelle mit Matratze	28 „
Nachttisch mit hoher Lehne	4 „

Teppiche, Gardinen, Uhren und sonst alle Einrichtungsgegenstände zu billigsten Preisen.

F. Pauer, Sandstr. 5.

Das Christentum und der Krieg

von

C. Vogtherr.

Preis 20 Pfg.

Sie können viel sparen!

Versuchen Sie unseren jetzigen

Bürger-Kaffee

(gesetzlich geschützt)

zum Preise von 577

90 Pfge. per Pfund

ein rein und angenehm schmeckender Kaffee.

Teichmann & Co.

Kaffee-Spezial-Geschäft

Schweidnitzerstrasse 9, Ecke Karlsstr.

15 Geschäfte in allen Stadtteilen.

Kindersegen und kein Ende?

Ein Wort an denkende Arbeiter

von Fritz Brupbacher

Arzt in Zürich

Preis 30 Pfg.

Buchhandlung der „Volkswacht."

Eine neue Waffe gegen den Militarismus!

Militarismus und Antimilitarismus

von **Dr. Karl Liebknecht.**

Preis 1 Mark.

Zu haben in der Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstr. 5/6.

Konfirmations-Anzüge

in Kammgarn, Satin, Cheviot etc. gute Qualitäten, in bekannt bester Ausführung

10,50 12,— 15,— 18,— 20,— 22,— 25,— u. höher.

S. Guttentag,

Etablissement eleganter Garderobe

für Herren, junge Herren und Knaben.

Altbüßerstraße 5, I. und II. Etage,

Ecke Ohlauerstraße. 917

Beilage zu Nr. 49 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 27. Februar 1907.

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung, Montag, den 25. Februar, Nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Fürst Bülow, Frhr. v. Stengel, Graf Posadowsky, von Tschirschky, Dernburg, von Einem, von Tirpitz.

Präsident Graf Stolberg berichtet über den Empfang des Präsidiums durch den Kaiser. Graf Ballestrem wird der Dank des Hauses für ein von ihm gestiftetes Kaiserbild ausgesprochen.

Zu Schriftführern sind gewählt worden: Freiherr v. Thüne-feld (Ztr., 367 Stimmen), Rimpau (natl., 307), Engelen (Ztr., 307), Pauli (Rp., 303), Roeaalla v. Bieberstein (kons., 301), v. Damm (Wirtsch. Vgg., 276), Dr. Hermes (Frs. Vpt., 231), Hagemann (natl., 194 Stimmen). Außerdem erhielten Graf Brudzewo-Mielozinsky (Pole) 198, Fischer-Berlin (Soz.) 176 Stimmen.

Ein schleuniger Antrag auf Einstellung des gegen den Abg. v. Chlapowo-Chlapowski schwebenden Strafverfahrens wird debattelos angenommen.

Hierauf tritt das Haus in die

erste Lesung des Etats

ein.

Reichsschatzsekretär Freiherr v. Stengel (auf der Tribüne vielfach unverständlich) gibt zunächst eine Uebersicht über die Etatsjahre 1905/06. Das Etatsjahr 1905 ergab ein Plus von 90 Millionen Mark gegenüber dem Etatssoll. Die Zuckersteuer war daran mit 17 Millionen Mark, die Postverwaltung mit 8½ Millionen Mark beteiligt. Das Ergebnis ist auf Ausgabeeinschränkungen zurückzuführen, an denen insbesondere Reichsheer und Marine beteiligt sind. Soweit die Ergebnisse von 1906 vorliegen, zeigen sie, daß der Etatsatz im allgemeinen auf richtigen Schätzungen beruhte. Die Ergebnisse des Gerstenzolls sind befriedigend, sowohl in finanzieller Hinsicht, als auch in Bezug auf den Zweck der Differenzierung. Dagegen ist das Ergebnis der Personenfahrkartensteuer sehr erheblich hinter den Schätzungen zurückgeblieben. (Lebh. Hört, hört! links.) Dies Mindererergebnis wird indessen durch das Mehrergebnis des Frachturkundenstempels, der Zigaretten- und der Brausteuer ausgeglichen. Das Ergebnis der Automobilsteuer ist noch völlig unklar. Bei den Ausgaben hat sich ein Mehrbedarf von 12 Millionen herausgestellt. Die in fortwährender Steigerung begriffenen Vorschüsse der Post für die Berufsgenossenschaften werden im Monat Mai dieses Jahres die Höhe von 184 Millionen Mark erreichen. (Hört, hört! rechts.) Dieses System gereicht dem ganzen Erwerbsleben und der ganzen Volkswirtschaft zu schwerem Schaden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wenn es mir auch fern liegt, Bedenken gegen die Förderung dieses sozialpolitischen Zwecks zu erheben. Leider ist der Versuch, hier Wandel zu schaffen, an dem Widerstand der großen Mehrheit des Reichstags gescheitert. Es würde schon viel gewonnen sein, wenn die Vorschüsse statt erst nach 4—5 Monaten, in vierteljährlichen Raten zurückgezahlt würden. — Die Einzelstaaten haben an Ueberweisungen annähernd die im Etat vorgesehenen Summen erhalten. — Der Etat für 1907 gibt mir die erwünschte Gelegenheit, eine recht erhebliche Besserung unserer finanziellen Verhältnisse zu konstatieren. Wäre die Finanzreform des vorigen Jahres nicht zustande gekommen, so hätte ich nicht gewußt, wie angesichts der steigenden Mehrausgaben der Reichshaushalt doch nur halbwegs in Ordnung zu halten war. Man bedenke auch die Verpflichtungen, die das Reich für die in Aussicht genommene Witwen- und Waisenversicherung übernommen hat. Trotzdem haben die verbündeten Regierungen vorerst von weiteren Steuervorlagen abgesehen, zumal bei Andauern des wirtschaftlichen Aufschwungs vielleicht das Rechnungsjahr 1907 wesentlich günstiger abschließen wird. (Weitere Einzelausführungen des Redners bleiben völlig unverständlich.) Da der jetzige Etat zu sehr belastet ist, soll die Regelung der Reichsbeamtengehälter im Jahre 1908 erfolgen. Die Aufnahme einer Anleihe in den Etat von 1907 hat sich leider nicht vermeiden lassen. Wir sind einen gewaltigen Schritt vorwärts gekommen, wenn es auch noch nicht gelungen ist, das gesetzte Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben völlig herzustellen. Wir hoffen auf die patriotische Unterstützung des Reichstags.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Die Verzinsung der Reichsschuld legt dem deutschen Volke eine jährliche Last von 165 Millionen Mark auf. In höchst bedauerlicher Weise hat der Schatzsekretär den Beschluß bemängelt, den der Reichstag beim Zolltarif über die Witwen- und Waisenversicherung faßte. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Ich muß das umsomehr bedauern, als abgesehen von den 48 Millionen Mark für diese Versicherung und von den 50 Millionen Mark für die Invalidenversicherung nur noch ein geringer Betrag im Etat bleibt, der für andere Zwecke verwandt wird, als für Zwecke der Machtstellung des Reiches nach außen. Ich betone das um so nachdrücklicher, als der Reichskanzler gegen den vorigen Reichstag den Vorwurf erhoben hat, daß er die für das Ansehen und die Machtstellung des Reiches notwendigen Mittel nicht bewilligt habe. Es ist sehr leicht gesagt, daß man den Beamten jetzt nicht mehr geben kann; aber für die unteren und mittleren Beamten ist es sehr schwer, mit ihrem Gehalt auszukommen. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Soz.) Auch für die direkt für das Reich tätigen Arbeiter muß durch Lohnerhöhungen gesorgt werden. (Zustimmung im Zentrum und bei den Soz.) Der Reichsschatzsekretär beruft sich darauf, daß in der Budgetkommission des vorigen Reichstags anerkannt sei, die damals bewilligten Steuern reichten nicht aus. Das hat aber für den neuen Reichstag keine Geltung. (Sehr richtig! l. Z. u. b. d. S.) Wir sind bei Prüfung der Bedürfnisfrage vollkommen frei und unabhängig. (Beifall im Zentrum.) Ohne die im vorigen Jahre beschlossenen Steuern stünden wir heute vor einem Defizit von 216 Millionen. Die wirtschaftliche Hochkonjunktur ist auf die gesteigerte Kaufkraft des Inlandes zurückzuführen. Das beweist die Richtigkeit der Zolltarifpolitik von 1902. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) Aber trotz der günstigen Konjunktur ist die größte Vorsicht in den Ausgaben geboten. Wir freuen uns über die guten Beziehungen mit den auswärtigen Staaten und über das Versprechen der Fortführung der sozialen Gesetzgebung. Wir erwarten, daß die Vorlage über die Berufsvereine wieder vorgelegt wird. Noch wichtiger erscheint uns die Einführung von Arbeitskammern. Wir verlangen Erweiterung des Koalitionsrechts und Ausgestaltung von Tarifgemeinschaften. Neben unseren sozialpolitischen Anträgen werden wir den Toleranzantrag auch wieder einbringen. Ferner verlangen wir eine Deklaration der Verfassung dahin, daß Abgeordnete nicht gezwungen werden können, ihr Zeugnis über Dinge abzugeben, die sie als Abgeordnete kennen gelernt haben. — In der inneren Politik läßt das Wort des Reichskanzlers von der Paarung des konservativen Geistes mit dem liberalen (Heiterkeit) auf eine beabsichtigte Schwenkung schließen. In der Thronrede ist eigentlich als einzige Vorlage die Verwirklichung eines Antrages des verstorbenen Kollegen Munkel auf Beschränkung der Majestätsbeleidigungsklagen vorgesehen. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, daß dieser Gesetzentwurf kommt. — Der Wahlkampf hat gezeigt, daß unsere Macht über unsere Wähler eine sichere ist. Wie will der Reichskanzler uns einen Vorwurf machen, die wir an allen großen Gesetzen ohne Rücksicht auf Parteiinteressen mitgewirkt haben. (Na, na! und lautes Gelächter links.) Der Wahlkampf hat sich direkt zum Kampfe gegen eine Religionsgemeinschaft erweitert. Dem General v. Liebert und dem Abg. Eickhoff wurde offizielle Regierungsunterstützung zuteil. Ich bin überzeugt, wäre der Abg. Richter noch am Leben, so würde er verhindert haben, daß Herr Eickhoff hier seinen Platz einnimmt. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Soz.) Der

Flottenverein

erhielt für die Wahlagitation einen Betrag von 30,000 Mk. aus der Reichskanzlei, freilich nicht aus amtlichen Geldern, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt. Woher stammen diese Gelder? Als dem Reichsamt des Innern jene berühmten 12,000 Mark zur Verfügung gestellt wurden, fand dies den schärfsten Tadel des Reichstages und auch der Reichskanzler Graf Bülow erklärte, die Annahme des Geldes nicht billigen zu können. (Hört, hört! im Zentrum und bei den Soz.) Um so begründeteren Anspruch haben wir darauf, zu erfahren, woher die 30,000 Mark stammen. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Soz.) Große Beachtung verdient auch die Tatsache, daß der Hauptmann Setzer vom Generalstab der Schutztruppe sich auf ausdrücklichen Wunsch des Oberkommandos dem Flottenverein zur Verfügung gestellt hat. (Lebhaftes Hört, hört! im Zentrum und bei den Soz.) Das Vorgehen des Fürsten Bülow erinnert an die Praktiken Napoleons III. (Lachen bei den Natl., lebhafte Zustimmung im Zentrum und bei den Soz.) Fürst Bülow wirft dem Zentrum Mißbrauch seiner Machtstellung vor und vergißt dabei, daß er seine bedeutendsten Erfolge gerade der Zentrumspartei verdankt. (Lebhafter Beifall im Zentrum, andauernde Unruhe rechts.) Als der Reichskanzler so über das Zentrum urteilte, wußte er bereits, daß der Aufstand in Südwestafrika so gut wie beendet war. Wir haben für Südwestafrika rund 400 Millionen bewilligt. (Zustimmung bei den Soz.: Leider!) Wir haben auch im Dezember keine Truppen für Südwestafrika versagt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Herabsetzung der Forderungen zur Bekämpfung des Aufstandes ein halbes Jahr vor der Auflösung erfolgte mit Zustimmung des Reichskanzlers. (Hört, hört! im Zentrum.) Ich denke, der Reichskanzler nimmt, nachdem er uns so vor dem Auslande herabgesetzt hat, nun Gelegenheit, unsere Ehre öffentlich wieder herzustellen. Der Kolonialdirektor hat erklärt, daß die Verzögerung der Bewilligung des Vorhabens vom Mai bis November keine nennenswerte Nachteile gebracht hat. (Hört, hört! im Zentrum.) Die Frage der Farmerentschädigung wollten wir bis zur Beendigung des Krieges offen lassen. Bestimmend war dabei auch die Erwägung, daß sich unter den Farmern einige befinden sollten, die durch den Krieg Millionäre geworden sind. (Hört, hört! im Zentrum.) Die Reichstagsmajorität hat dem Zentrum, der stärksten Partei des Hauses, den Anspruch auf den erste[illegible] Präsidenten verweigert. Die Unabhängigkeit und die Stellung des Präsidenten wird herabgedrückt, wenn eine künstlich zusammengesetzte Mehrheit ihn wählt. (Große Unruhe rechts.) Wir haben aber diese Tatsache ruhig hingenommen. Der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht bleibt der Zentrumsturm. (Bravo! im Zentrum.) Wir sind in gleicher Stärke zurückgekehrt. Man wird auf die Dauer eine Politik über unsere Köpfe hinweg nicht führen können. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir werden auch künftig mit allen zusammenwirken, welche mit uns gemeinsam im Geiste einer christlichen Weltanschauung an der Zukunft unseres Volkes arbeiten. (Lebhafter, andauernder Beifall im Zentrum, Zischen rechts, bei den Nationalliberalen und den Freisinnigen.)

Abg. Bassermann (Natl.): Das Ziel der Auflösung ist erreicht worden. Die Mehrheit vom 13. Dezember hat sich in eine Minderheit verwandelt. Der Wahlkampf hat gegen die Sozialdemokratie entschieden, in einer Weise, die auch uns überraschend war. Das Zentrum hat allerdings gut abgeschnitten; einen Teil der Erfolge verdankt es freilich dem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie. (Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen, Gelächter im Zentrum.) Für nationale Fragen ist nunmehr eine konservativ-liberale Mehrheit vorhanden. Die Regierung ist nicht mehr auf die Zentrumsstimmen angewiesen. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.) Wir werden also in Zukunft nichts mehr hören von Nebenregierung, kaudinischem Joch und Hintertreppen-Politik. (Bravo! bei den Nationalliberalen und den Freisinnigen.) Die Neugestaltung des Reichstages mußte in der Umgestaltung des Präsidiums ihren Ausdruck finden. Die schwere Kolonialkrisis ist jetzt überwunden, und wir werden demnächst auch mit der Zurückberufung weiterer Truppen zu rechnen haben. Ein selbständiges Kolonialamt, den Bahnbau Keetmannshoop—Kubub und die Bewilligung des Nachtragsetats für Südwestafrika halten wir für dringend erforderlich. Man spricht so viel von dem bißchen Agitation des Flottenvereins. (Stürmisches Gelächter.) Gegenüber den Zentrums-Agitatoren sind die Agitatoren des Flottenvereins die reinen Waisenknaben. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen, stürmisches Gelächter im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Der Flottenverein ist ein ganz vortrefflicher Verein. (Lachen bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Eine ganze Reihe Zentrumsherren waren Mitglieder des Vereins. Die vom „Bayerischen Kurier“ veröffentlichten Briefe waren gestohlen. Die als Täter in Frage kommenden beiden Personen befinden sich jetzt im Auslande. Dem Kolonial-Direktor sind wir für seine aufklärenden Reden Dank schuldig. Als kolonialpolitische Flugblätter würden sich vortrefflich die Ausführungen der sozialdemokratischen Ersatzabgeordneten Bernstein und Calwer in den „Sozialistischen Monatsheften“ eignen. Calwer meint ganz richtig, die deutschen Kapitalisten könnten nicht zu Hause bleiben. (Abg. Bebel ruft: So sollen sie auch zahlen! Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wir sind durchaus für Gewissensfreiheit und Freiheit der Kirche, aber der Toleranzantrag des Zentrums greift in die Hoheitsrechte des Staates ein. (Widerspruch im Zentrum.) Wir Nationalliberalen haben nirgends die Sozialdemokratie unterstützt. (Abg. Bebel ruft: In Baden wurde versucht, Verhandlungen anzuknüpfen!) Die badische Parteileitung bestreitet das. Das Zentrum dagegen hat systematisch die sozialdemokratischen Kandidaten gegen unsere unterstützt.

Der Wahlausfall hat den Einfluß der Sozialdemokratie zurückgedrängt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Sozialpolitik und die Mittelstandspolitik wieder stärker hervortreten zu lassen. Es ist ein Verdienst des Fürsten Bülow, keine Umsturzvorlagen ꝛc. eingebracht zu haben. Die Sozialpolitik muß getragen werden von dem weitausschauenden Geiste des Grafen Posadowsky. Leider war die Vorlage über die Berufsvereine mit den engherzigen Anschauungen der preußischen Ministerien verknüpft. Freilich darf die Sozialpolitik nicht einseitig die Industriearbeiter berücksichtigen, sondern muß auch den Mittelstand schützen. (Sehr richtig! rechts und bei den Natl.) Die nationalliberale Partei steht entschieden auf dem Boden des jetzigen Reichstagswahlrechts; Gegner dieses Wahlrechts haben keinen Raum in ihren Reihen. Das Vereins- und Versammlungsrecht sowie das Strafrecht müssen freiheitlich reformiert werden. Wenn übrigens die sozialdemokratische Presse erklärt hat, die Truppen in Südwestafrika würden nur zurückbehalten, um sie gegen die Engländer

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Die Raketen-Apparate. Zur Zeit der vielen Schiffsunfälle ist auf eine Einführung der in jeder Rettungsstation vorhandenen Raketen-Apparate hingewiesen. Der Raketenapparat hat bei dem Rettungswerk wegen der ungünstigen Lage des Wracks und dessen weiter Entfernung nicht in Betracht kommen können. Zum Verständnis sei in kurzem auf den üblichen Raketenapparat eingegangen. Er besteht aus einem fahrbaren Gestell, einer ganz besonders starken Rakete und einem dünnen aber starken Hanfseil, welches mit der Raketendülle verbunden ist. Die Rakete steht nun in einem Winkel von 15 Grad auf dem eisernen Gestell. Die Leine reicht von der Hülse zur Erde und ist dort in losen Ringen ausgelegt. Wird nun der Pulverstoß entzündet; so reißen die ausströmenden Pulvergase die Rakete in hohem Bogen weithin durch die Luft. Die an ihr befestigte Leine muß natürlich folgen. Erreicht also die Rakete den Schiffskörper, so ist durch die Leine eine Verbindung zwischen Land und Schiff hergestellt. An der schwanken Leine wird ein starkes Tau und hier eine Schleifleine vom Land zum Schiffe gezogen. Das Tau wird hoch in den Masten festgemacht, sein anderes Ende wird am Lande ebenfalls verankert, so daß es möglichst straff ist. An diesem Tau hängt nun an einer Blockrolle eine ringförmige Badehose aus gutem Leinwand. Mit Hilfe der Schleifleine kann sie an dem festen Tau hin und hergezogen werden. Vom Land bis zum Schiff und wieder zurück. In besagter Badehose wird nun ein Schiffbrüchiger mit beiden Beinen hineingesetzt, so daß sein Oberkörper vom Nabel an bis zum oberen Teil der Rettungshose bis an die Schultern umhüllt. Ein Herausfallen also nicht möglich ist. Dann wird er an Land gezogen, die Hose geht an Bord zurück, und der nächste Schiffbrüchige folgt.

Nun freilich ist der Apparat arbeitet langsamer als ein Rettungsboot, welches bis zu zwanzig Personen auf einmal aufnimmt. Aber er hat schon vielen Tausenden das Leben gerettet und sich dann noch bewährt, wenn die Rettungsboote gegen den hohen Seegang nicht mehr aufkommen konnten.

Freilich hat er eine schwache Seite. Das ist die geringe Tragweite von 300 Meter. Die Technik kommender Jahre wird Mittel finden müssen, um die Reichweite dieses an sich so segensreichen Apparates zu erhöhen. Werden sich doch bei dem stündlich zunehmenden Tempo der Schiffe solche Strandungen immer häufiger in Entfernungen von der Küste vollziehen, die außerhalb der heutigen Rettungsstationen liegen.

Der Kinematograph in der Medizin. Professor Walter Chaie, Mitglied der medizinisch-chirurgischen Gesellschaft von Edinburgh, hat den glücklichen Gedanken, den Kinematographen im Dienste des medizinischen Unterrichts zu verwenden, weiter ausgebildet. Das große Wort, ja selbst die Abbildungen sind nicht immer ausreichend, dem Studierenden von gewissen krankhaften Bewegungsphänomen eine lebendige Vorstellung zu geben. Chaie hat daher kinematographische Bilder hergestellt, die einen vollständigen Ueberblick über die krankhaften Bewegungen geben, aus denen man gewisse Erkrankungen diagnostizieren kann. So sind zum Beispiel alle Formen epileptischer Zuckungen dargestellt; sie allein erforderten 5 0 Meter Filme, die 22,500 mit größter Sorgfalt hergestellte Aufnahmen epileptischer Erkrankung zeigen. So bietet diese kinematographische Methode, obwohl sie sehr kostspielig ist, doch für den Unterricht eine so außerordentliche Anschaulichkeit, daß sie wohl noch eine große Zukunft vor sich hat.

Aus aller Welt.

Ein siebzigjähriger Doppelmörder. Eine furchtbare Familientragödie hat sich in Momentana bei Modena zugetragen. Der siebzigjährige Bartolomeo Occhetto wohnte mit seinem 28jährigen Sohne und dessen junger Gattin zusammen. Der Greis hatte sich in [illegible] in die Schwiegertochter verliebt und verfolgte sie seit längerer Zeit mit unzüchtigen Anträgen. Die junge Frau fand stets eine bestimmte Form, um den Greis in seine Schranken zu weisen, aber Bartolomeo wurde immer rücksichtsloser, und es kam schließlich zu heftigen Streitszenen zwischen ihm und der Schwiegertochter, die den Gatten scheinbar wollte und davon seinem Vater nichts verriet. Die junge Frau nannte ihren Schwiegervater im Scherz oft „Sardellchen“, weil der alte Occhetto im Dorfe diesen Spitznamen führte. Vor einigen Tagen kam nun Occhetto in die Küche, gerade als seine Schwiegertochter eine Sardelle briet. „Sardellchen“, sagte die Frau zum Alten, „willst Du ein Stückchen von diesem Braten essen?“ Der Alte wurde daraufhin zornig und bekam, als die Familie bei Tisch saß, einen Streit mit der Schwiegertochter, die aber auch streitsüchtig aufgelegt war und unwirsche Bemerkungen gab. „Schweig still“, schrie der Greis plötzlich, „oder ich erstoche Dich.“ „Erstich mich nur“, sagte die junge Frau lachend und bot dem Alten scherzhaft ihre Brust. Der Greis, von momentaner Wut befallen, sprang auf und stieß der Schwiegertochter, ehe man sich versehen konnte, ein großes Küchenmesser, das auf dem Tisch lag, bis zum Heft in die Brust. Die junge Frau fiel sogleich blutüberströmt zu Boden. Ihr Gatte wollte sich auf den Vater stürzen, der Alte aber trat blitzschnell nach dem Sohne und versetzte ihm mehrere lebensgefährliche Verletzungen bei. Daraufhin flüchtete er auf den Dachboden, wo er sich mit einem Strick verbarrikadierte, bis er von den Gendarmen mit Gewalt aus seinem Versteck herausgeholt wurde. Seine beiden Opfer starben noch am selben Tage infolge der Verletzungen. Occhetto wurde dem Gerichte überliefert.

Eine Fuchsjagd in Berlin W. Meister Reinicke, der ja von jeher als geschickt in allen Ränken und Künsten gilt, hat es am Freitag fertig gebracht, aus dem Berliner Zoologischen Garten zu entschlüpfen. Wie, das wissen seine Wärter selber noch nicht, das ist das Geheimnis des kleinen roten Gesellen geblieben. Als der Fuchs die Kurfürstenstraße gewann, wurde er sofort von Passanten verfolgt, denen einige Terriers als Meute mit hellem Gebelle voranjagten. Reinicke bog in die Hardenbergstraße ein, und ohne sich Zeit zu lassen, das romanische Viertel zu bewundern, jagte er dem Reitweg am Bahnhof Zoologischer Garten zu. Das Geschrei der Fuchsjäger hatte unterdes die Menschen am Bahnhof auf den nahenden Flüchtling aufmerksam gemacht, und nun stürzte sich auch vom Bahnhof aus dem gedrängten Fuchs eine Phalanx von Nimrods entgegen. Das Tier entkam aber und setzte seine Jagd über den Reitweg fort, wo der Fuchs von einem Reitburschen mit einem Sack gefangen wurde. Der Berliner Witz äußerte sich bei der Jagd in recht drastischer Weise. So schrie einer der Verfolger ununterbrochen: „Schnell, eh er ein Boom find't, sonst klettert er rauf.“

Wochenlang vom Verkehr abgeschnitten. Die Greifswalder Oie, das kleine Inselchen der Ostsee, war während der strengen Kälte wochenlang von allem Verkehr abgeschnitten. Die Insel lag ringsherum wie eine Festung fest vom Eis umschlossen. Erst am 15. Februar gelang es, wieder mit den Bewohnern der Insel in Verkehr zu treten und ihnen die erste Post und somit die politischen schon seit vierzehn Tagen erledigte Reichstagswahl und sonstigen Weltereignisse mitzuteilen. Neben den Wahlergebnissen brachte die erste Post am 18. Februar den Bewohnern auch die Stimmzettel und Flugblätter für die Wahl. Die stimmberechtigten Männer der Insel haben aber trotzdem am 25. Januar ihre Wahlpflicht nicht versäumt. Sie schrieben sich ihre Stimmzettel selbst und waren so imstande, ihr Wahlrecht auszuüben.

Der kaltgestellte Liebhaber. Der Knecht eines Landmannes in einem schleswig-holsteinischen Dorfe hatte mit der Magd eines Landmannes des Nachbardorfes ein Liebesverhältnis angeknüpft. Das häufige nächtliche Ausbleiben des Knechtes gefiel aber dem „Bratz bei“ nicht und er machte dem „Herrn“ des Dienstmädchens davon Mitteilung, damit dieser einmal eine nächtliche Revision vornehme. Die Revision wurde vorgenommen und der Liebhaber, der sich gerade in einer heiklen Situation befand, sprang, um sich nicht erwischen zu lassen, im Hemd zum Fenster hinaus. Trotz der herrschenden strengen Kälte lief er, als man ihn verfolgte, noch einige Minuten entfernt [illegible]. Die Folge dieser unfreiwilligen Kneipp'schen Kur war ein starker Schnupfen. Wer lieben will, muß eben auch zu leiden wissen.

Wahres Geschichtchen. Auf dem Kanonenboot „[illegible]“ war's im Jahre 1881, als unter den jungen Strahlen der

zu verwenden, so muß das im Auslande Mißtrauen gegen Deutschland erwecken, wenn man sich auch sagen muß, daß die Truppen dazu kaum genügen würden. Die Wahlen haben eine erfreuliche Ausdehnung des sozialpolitischen Interesses zur Erscheinung gebracht. Die nationalen Arbeiter sind zum ersten Mal mit großer Energie in der politischen Arena erschienen und das Erwachen des Bürgertums hat der Sozialdemokratie alle Hochburgen entrissen. Wenn sie trotzdem einen Zuwachs erzielt hat, so bedeutet das eine Aufforderung an das Bürgertum, nicht zu erlahmen in seinem Patriotismus. Ebenfalls ist der Glaube an das unaufhaltsame Vordringen der Sozialdemokratie dahin. (Widerspruch bei den Soz. Sehr richtig! rechts und bei den Natl.)

Reichskanzler Fürst Bülow:

Meine Stellung zur Zentrumspartei ist von verschiedenen Seiten zur Sprache gebracht worden. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich lange und ehrlich bestrebt gewesen bin, die Zentrumspartei für die großen Aufgaben unserer nationalen Politik zu gewinnen. Ich hatte keine andere Möglichkeit, fruchtbare innere Politik zu machen. Freilich, mit der Mehrheit aus Zentrum und Sozialdemokratie konnte ich keine Politik machen. (Sehr gut! rechts und bei den Natl.) Auch mit anderen Parteien bildete das Zentrum eine Mehrheit. Ich bin bestrebt gewesen, mit dieser Mehrheit die inneren Aufgaben des Reiches zu lösen. Auf diese Weise habe ich den Ausbau der Flotte, den Zolltarif, die Handelsverträge, die Zuckerkonvention, die Reichsfinanzreform ermöglicht. Aber ein Zusammengehen mit jeder Partei hat eine bestimmte Grenze. Ich gehe mit jeder Partei, welche die Linie achtet, ohne welche das deutsche Volk nicht leben und atmen kann. An diesem Punkte aber hört bei mir die Gemütlichkeit auf. Die Macht einer Partei wird zu einer Geißel und einer Plage, wenn sie mißbraucht wird. Das Zentrum hat seine ausschlaggebende Stellung nicht mit dem Maß von Besonnenheit und Selbstbeherrschung benutzt, die die Vorbedingung dauernden Einflusses ist. (Sehr richtig! rechts, b. d. Natl. und b. d. Freisinnigen.) Ich habe die Fehler in der Kolonialverwaltung nicht vertuscht; ich habe alle wirklich vorhandenen Mißstände untersucht und unnachsichtlich geahndet. (Widerspruch b. d. Soz.) Ich hatte im November die Auffassung, daß mein Appell an den Reichstag um Mitwirkung an diesem Werke einer verständnisvollen Auffassung begegnete. Der Zusammenstoß zwischen dem Kolonialdirektor und dem Abg. Roeren kam mir umso überraschender, als in meinem Beisein der Kolonialdirektor zwei hervorragenden Zentrumsführern den ganzen Sachverhalt dargelegt hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich war nach dieser Aussprache überzeugt, daß das Zentrum die Fortführung einer gesunden Kolonialpolitik nicht hindern würde. Da kamen dann die unbegründeten und maßlosen Angriffe des Herrn Roeren auf den Kolonialdirektor. Ich erschien sofort hier im Hause und erklärte mich für solidarisch mit dem Kolonialdirektor. Für diese selbstverständliche und pflichtgemäße Haltung wollte mich das Zentrum durch Ablehnung einer wichtigen Forderung strafen. Herr Spahn brachte hier mein Wort von der

Paarung des liberalen und konservativen Geistes

zur Sprache. Dieser Paarung verdanken wir die fruchtbarsten Epochen unserer Gesetzgebung. Aber eine Paarung habe ich nicht für möglich gehalten, das ist die Paarung Roeren-Singer. (Sehr richtig! rechts, bei den Natl. und den Freisinnigen.) Dringender, als ich am 13. Dezember warnte, kann man doch nicht warnen. Hätte das Zentrum eine Verständigung gewollt, so brauchte es nur für den Antrag Ablaß stimmen, der das Budgetrecht des Reichstags wahrte und dem Wunsche nach Sparsamkeit Rechnung trug. (Sehr richtig! rechts und bei den Freisinnigen.) Statt dessen wollte das Zentrum gemeinsam mit der Sozialdemokratie die Regierung ducken. Das hat die Regierung sich nicht gefallen lassen und wird es sich nicht gefallen lassen. (Lebh. Bravo! rechts, bei den Natl. und bei den Freisinnigen.) Herr Spahn sprach von der Verletzung der Ehre der Zentrumspartei. Sollte die Regierung etwa die Erlaubnis des Zentrums zur Reichstagsauflösung einholen? (Große Heiterkeit.) In den Zeitungen und Wahlaufrufen war viel vom persönlichen Regiment die Rede. Damit schreckt man nur politische Kinder, deren Zahl allerdings bedenklich groß ist. (Heiterkeit.) Die Reichstagsauflösung war die durchaus [illegible] Ausübung eines verfassungsmäßigen Rechtes. (Sehr wahr! rechts.) Die Bedrohung der Reichsverfassung durch das persönliche Regiment liegt durchaus außerhalb des Reiches der Wahrscheinlichkeit und selbst der Möglichkeit. Wirklich bedroht ist die Reichsverfassung durch die Partei auf der äußersten Linken, die ihre letzten Ziele nur durch einen Verfassungsbruch erreichen kann und an die Seite dieser Partei hat sich das Zentrum gestellt! Ich stehe fest auf dem Boden der Verfassung; ich habe das Wahlgeheimnis durch ein besonderes Gesetz geschützt, ich habe Diäten eingeführt, ich habe das Budgetrecht des Reichstags nicht verletzt, sondern [illegible]. Nicht um Deutschtum, [illegible], handelt es sich, sondern darum, daß das Zentrum im Bunde mit der Sozialdemokratie die verbündeten Regierungen in die Enge treiben wollte. — Der Abg. Spahn hat von der Ausmünzung religiöser Leidenschaften gesprochen. Die Regierung, an deren Spitze ich stehe, sollte über den Verdacht religionsfeindlicher und namentlich antikatholischer Politik und Gesinnung erhaben sein. (Sehr richtig! rechts.) Wenn wirklich, wie der Abg. Spahn behauptet, die Kluft zwischen den Konfessionen durch diesen Wahlkampf erweitert worden ist, so wäre das darauf zurückzuführen, daß ohne jeden Anlaß die Parole von der Gefahr eines neuen Kulturkampfes in die Wählermassen hineingeworfen worden ist. (Sehr richtig! rechts, und bei den Natl.) Der Kampf drehte sich nicht um das Zentrum als konfessionelle Partei, sondern richtete sich gegen den Mißbrauch, den das Zentrum, gelehnt auf die Sozialdemokratie, mit seiner ausschlaggebenden Stellung getrieben hat. Die Abstimmung vom 13. Dezember hatte leider gezeitigt, daß auch eine der katholischen Kirche höchst wohlwollende Regierung nicht vor feindlichen Angriffen seitens des Zentrums sicher ist. Der Abgeordnete Spahn hat sich ausgeschwiegen über einen Punkt, den der Abg. Bassermann besprochen hat, nämlich über das Verhältnis, das in diesem Wahlkampfe zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie obgewaltet hat. Es ist mir nicht eingefallen, Zentrum und Sozialdemokratie, wie mir im Abgeordnetenhause vorgeworfen wurde, in einen Topf zu werfen, wohl aber fand ich plötzlich, daß die Zentrumspartei im Topfe der Sozialdemokratie steckte. (Gr. Heiterkeit. Zurufe im Zentrum.) Wer den anderen zu sich hingezogen hat, weiß ich nicht, aber jedenfalls sah ich mich unvermutet einer Koalition gegenüber, zu der ich Stellung nehmen mußte. Ich hatte seit langem hingearbeitet auf

eine Koalition aller bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie,

wie sie auch heute das Ideal aller guten Patrioten ist. Es ist die Schuld des Zentrums, daß eine solche Einigung nicht zustande kam. Daß sich das Zentrum an die Seite der Sozialdemokratie stellte, war nicht nur ein grober politischer Fehler, es war auch ein moralisches Unrecht. (Sehr wahr! rechts und bei den Natlb.) Es war ein moralisches Unrecht, zusammenzugehen mit einer Partei, die alles in den Staub zieht, was den Christen heilig ist. (Lachen b. d. Soz.) Es war ein schweres, moralisches Unrecht, zusammenzugehen mit einer Partei, die in diesem Hause für die Pariser Kommune eingetreten ist (Lachen bei den Soz.), für die Kommune, die den Erzbischof Darboy von Paris und unschuldige Dominikanerpriester füsiliert hat. Für diese Partei haben Zentrumsabgeordnete die Stichwahlparole abgegeben (Zuruf b. d. Soz.: Machen Sie sich doch nicht lächerlich!), dieser Partei hat das Zentrum zwölf Wahlkreise zugeschanzt. Ich habe nie den mindesten Zweifel darüber gelassen, daß ich jede direkte oder indirekte Unterstützung der Sozialdemokratie aufs Höchste mißbillige. Die bürgerlichen Parteien sollten soviel Würde und Selbstachtung besitzen, um gegen die Sozialdemokratie zusammenzugehen, die alle bürgerlichen Parteien mit demselben Hasse verfolgt. (Unruhe b. d. Soz., Beifall rechts und bei den Liberalen.) Ich spreche den Bischöfen meinen Dank aus, daß sie nicht kleinlichen Fraktionsinteressen und gehässigen Rankünen, sondern lediglich der Wahrheit folgten. (Erneuter lebhafter Beifall rechts und bei den Liberalen, große Unruhe im Zentrum.) Von dem Recht der Regierung, aufklärend zu wirken, werde ich bei künftigen Wahlen einen noch größeren Gebrauch machen. Die Unterstützung des Flottenvereins zurückzuweisen, sah ich keine Veranlassung. Unberechtigte Eingriffe in den Wahlkampf billige ich nicht; aber

Generalmajor Keim

hat in selbstloser und aufopfernder Weise sich in den Dienst einer guten Sache gestellt. (Lebh. Beifall b. d. Konservativen und Nationalliberalen.) Man hat die Frage aufgeworfen, wer bei diesem Wahlkampf der Sieger gewesen ist. Nun, Nutzen hat von ihm gehabt das deutsche Volk, in welchem die Regierung über eine gewaltige Mehrheit verfügt. Man sagt, diese Mehrheit geht in ihren Anschauungen auseinander. Nun, das ist der Fall auch innerhalb der Zentrumspartei. (Stürmische Unterbrechungen und Rufe: Nein, nein! im Zentrum.) Sie werden nur durch das einigende Band der Konfession zusammengehalten. Die neue Mehrheit hat sich in einer nationalen Frage zusammengefunden. Von dieser Basis aus muß sie zeigen, daß sie positive Arbeit leisten kann. Dadurch kann sie sich dauernden Einfluß und das Vertrauen des Volkes sichern. (Bravo!) Ich habe hier einmal gesagt, ich hätte kein Vorurteil. Das heißt nicht, ich könnte heute konservativ und morgen liberal regieren, heute meine gegenwärtige Wirtschaftspolitik, morgen eine liberale Handelspolitik verfolgen.

Nur, in dem Sinne aller nationalen Arbeit dem vollen Schutz für die Landwirtschaft (Lebhaftes Bravo! rechts) und die Industrie [illegible] bei den Soz.), werde ich mich nicht beirren lassen, [illegible]. Das schließt aber nicht aus, daß ich auf anderen Gebieten Wünschen der bürgerlichen Linken entgegenkomme, wie es z. B. Herr Bassermann geäußert hat. Ich denke dabei an eine Reform unseres Vereins- und Versammlungsrechts. (Bravo! links) an eine Reform der Strafrechts- und der Strafprozeßordnung, an eine Aufbesserung der Beamtengehälter (Lebh. Bravo! rechts u. b. d. Natl.) [illegible] vernünftige Sozialpolitik [illegible] (Bravo!) [illegible]

[illegible]

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. Schluß 6 Uhr.

[illegible] Kleine Chronik. [illegible] Hamburg [illegible] Chicago [illegible]

Partei-Angelegenheiten.

In Konstanz am Bodensee [illegible]

Achtung, Polizeispitzel!

Das „Bochumer Volksblatt" schreibt: Der Bergarbeiter Bernard Bervoort in Wanne, Hermannstraße 18a, der bisher dem sozialdemokratischen Verein für den Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen angehörte, ist ein Polizeispitzel. Da jetzt die schriftlichen Beweise für seine Verrätertätigkeit vorliegen, so ist er sofort aus der Mitgliederliste gestrichen worden. Die Parteigenossen mögen sich ganz besonders vor ihm in acht nehmen, da er auch als agent provocateur aufgetreten ist. — Bervoort ist der Agent des Polizeikommissars Krohne in Gelsenkirchen.

Ueber das Befinden des Genossen v. Vollmar kann die „Münchener Post" eine erfreuliche Mitteilung machen. Vollmar ist so weit wieder hergestellt, daß er nach einem kurzen Erholungsaufenthalte im Süden wieder seine völlige Kampfesfähigkeit gewonnen haben wird.

Russische Revolution.

48 Sozialdemokraten gewählt!

Die Ergebnisse der Dumawahlen sind, nach einer Meldung der „Petersb. Telegraphen-Agentur", folgende: Bisher sind 448 Abgeordnete zur Duma gewählt, darunter 85 den monarchistischen Parteien angehörend (30 Monarchisten und 55 Mitglieder der Rechten), 42 Gemäßigte (Oktobristen, Mitglieder der Partei der Rechtsordnung, monarchistische Demokraten, Mitglieder des Zentrums und 14 Mitglieder der übrigen gemäßigten Parteien), 276 gehören der Linken an (Mitglieder der Partei der friedlichen Erneuerung, 1 demokratischer Reformer, Progressisten, Mitglieder der Arbeiterpartei, 72 Kadetten, 48 Sozialdemokraten, 11 Sozialrevolutionäre, 88 Mitglieder der übrigen Parteien der Linken).

Verhaftung der Konferenz der Sozialrevolutionäre in Petersburg.

Das offiziöse „Informations-Bureau" versendet an die russischen Zeitungen die Mitteilung von der Verhaftung der Konferenz der Sozialrevolutionäre in Petersburg. Der Inhalt dieser Mitteilung, deren Richtigkeit wir natürlich der Verantwortung des „Informationsbureau" überlassen, lautet:

„Am 17. Februar, um 11 Uhr Morgens, sollte in der Petersburger Universität die städtische Konferenz des Petersburger Komitee der Sozialrevolutionären Partei stattfinden. An der Konferenz sollten teilnehmen: das genannte Komitee in voller Zahl, der Rat des Arbeiter-Verbandes, je drei gewählte Vertreter von jedem Rayon, ein Vertreter vom Bauernverband, ein Vertreter von der militärischen Organisation und drei Vertreter vom Zentralkomitee der Sozialrevolutionären Partei. Die Konferenz war einberufen zwecks Wahl der Vertreter zum Parteikongreß (ein Vertreter vom Rat des Arbeiter-Verbandes, 1 vom Petersburger Komitee und 1 von den an der Peripherie der Stadt gelegenen Rayons). Sowohl auf der Konferenz, als auch auf dem Parteikongreß sollten die folgenden Fragen erörtert werden:

1. Bildung einer selbständigen Dumafraktion oder gemeinsame Arbeit mit den anderen Parteien; 2. Taktik der Partei in der Duma, außerhalb derselben und nach ihrer Auflösung; 3. Ausarbeitung der Frage, ob der Terror verstärkt oder eingestellt werden soll; 4. Wahl des Zentralkomitee und Ausarbeitung der Organisationsfragen.

Um 2 Uhr wurde die Konferenz verhaftet. Von den 66 Verhafteten haben 20 die Angabe der Personalien verweigert, 33 haben Name und Adresse genannt, 13 haben zwar ihre Namen genannt, sind aber im Adreßbuch nicht verzeichnet. Beim Weggang der Polizei haben die Verhafteten begonnen, die in ihrem Besitz befindlichen Papiere und Notizen, die scheinbar auf die Konferenz Bezug hatten, zu vernichten."

Der begnadigte Mörder.

Der Henker Podgurski ist aus Moskau in dem Zellengefängnis auf der Wiborger Seite in Petersburg eingetroffen. Wie die „Rietsch" meldet, wurde Podgurski mehrerer Morde wegen vom Standgericht zum Tode verurteilt, jedoch unter der Bedingung begnadigt, daß er das Amt eines Henkers übernehme. Podgurski akzeptierte die Bedingung und hat seither bereits zahlreiche Exekutionen vollzogen.

Arbeiterbewegung.

Eine baugewerbliche Scharfmachertagung. In Köln hat dieser Tage, wie wir schon kurz meldeten, die General-Versammlung des „Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe" stattgefunden. Die Zahl der erschienenen Delegierten betrug mehr als 200. Den Vorsitz führte Baumeister A. [illegible] (Berlin). Die Presse war nicht zugelassen. Aus dem nach der zweitägigen Verhandlung herausgegebenen kurzen Bericht ergibt sich aber, daß die Tagesordnung mindestens zu drei Vierteln gegen die organisierte Arbeiterschaft gerichtet war. Man befaßte sich zunächst mit dem Gesetzentwurf zur Sicherung der Bauforderungen, der nicht die allgemeine Sympathie der Versammlung fand. Die für und gegen den Entwurf gehaltenen Referate sollen dem Bundesrat unterbreitet werden. Es folgte ein Vortrag über die Rechtsfähigkeit der Arbeiterberufsvereine, gegen die man sich allgemein aussprach. Ueber die Versicherung gegen Streikschäden referierte [illegible] (Berlin). Die Angelegenheit wurde bis zur nächsten Generalversammlung vertagt. Nach einem bezüglichen Vortrag über die Einführung der Streikklausel bei Werkverträgen beschloß man, daß die Fristen der Verträge bei Streiks oder Aussperrungen um die Dauer der Kämpfe verlängert werden sollen. Weiter wurde beschlossen, daß man mit den Baumaterialienhändlern zwecks gegenseitiger Unterstützung in Verbindung treten will. Die Materialienlieferanten will man bekanntlich bei Lohnkämpfen gegen solche Unternehmer ausspielen, die nicht ohne Widerspruch den Scharfmacher-Verbänden Gefolgschaft leisten. Endlich berichteten die einzelnen Verbände über die in ihrem Bezirk im vergangenen Jahre durchgeführten Streiks und Aussperrungen.

Die Arbeiter im Baugewerbe haben also auch ihre ganze Kraft in den Ausbau und die Stärkung der Organisationen zu verwenden, um einen Ansturm der Unternehmer abschlagen zu können.

In Bremen sind etwa 100 Brauereiarbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation von den Unternehmern ausgesperrt worden.

In Halle a. S. haben die Unternehmer unter Bruch des Tarifs die [illegible] auf die Straße gesetzt.

Was eine Gewerkschaft im Kampf gegen den Alkoholmißbrauch vermag, zeigt nachfolgender Vorfall. Auf der kaiserlichen Werft in Kiel bestand der Brauch, die Geburtstage durch Ausgabe von „Runden" und „Lagen" (Schnaps) zu feiern. Die Verbote, die von der Leitung der Werft hiergegen gerichtet wurden, fruchteten wenig. Was sie nicht vermochten, hat die Leitung des Metallarbeiter-Verbandes zustande gebracht: auf ihre Anweisung ist [illegible] abgeschafft. Respekt vor solcher gewerkschaftlichen Selbstdisziplin!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. Februar.

Geschichtskalender.

26. Februar.

[illegible] Der französische Dichter Viktor Hugo in Besançon *.

[illegible] Der englische Dichter Thomas Moore in Sloperton Cottage (Wiltshire) †.

[illegible] Unterzeichnung der Friedenspräliminarien in Versailles.

[illegible] Wilhelm II. hält seine Rede über die [illegible]

Das Ergebnis der Reichstagswahlen im Sozialdemokratischen Verein!

bildete Montag Abend den Gegenstand eingehender Erörterungen im hiesigen Sozialdemokratischen Verein. Genosse Jahn verbreitete sich in dem einleitenden Referate eingehend über die Gründe unserer Verluste und über die für die Zukunft zu beschreitenden Wege. Er führte aus:

Als wir am 25. Januar die Gewißheit erlangt hatten, daß uns trotz heißen Kampfes beide Breslauer Kreise verloren gingen und uns auch sonst im ganzen Reiche eine schwere Niederlage bereitet worden sei, da haben wir uns alle gefragt, wie konnte das möglich sein. Hunderte von Zungen und tausende von Federn sind in den letzten Wochen unserer Wahlniederlage in Bewegung gesetzt worden, um die Ursachen zu finden und zu erklären. Dabei wurde manches Richtige, aber auch manche irrige Meinung zutage gefördert. Das Resultat der Breslauer Wahl war ein Ereignis; viele Jahre hindurch war unsere Stadt im Reichstage sozialdemokratisch vertreten, mancher unter uns hat noch nicht gelebt, als wir den ersten sozialdemokratischen Vertreter in den Reichstag schickten und doch gelang es dem vereinigten Kuddelmuddel, die rote Fahne von unserer Stadt herunterzuholen. Wir haben allerdings bisher in Breslau noch nie eine prinzipientreue Gegnerschaft gehabt. Einmal stellten fünf Parteien Kandidaten auf, dann wieder einmal nur vier oder drei Parteien, und diejenigen, die das eine Mal große Stimmenzahlen erreichten, kamen bei der nächsten Wahl oft kaum mehr in Frage. Bezeichnend ist, daß wir den Ostkreis gerade im Jahre 1878 zum ersten Mal eroberten, also zu einer Zeit, wo die Situation die denkbar schwierigste war, wo von allen Seiten die ärgste Hetze gegen uns getrieben wurde. Wir verloren den Kreis dann bei den Ersatzwahlen von 1887, und zwar das einzige Mal innerhalb 29 Jahren. Den Westkreis gewannen wir 1881, er ging uns nur einmal, im Jahre 1890 verloren. Da wir aber in Breslau nie eine prinzipientreue Gegnerschaft hatten, lag die Möglichkeit nahe, daß sich die Gegner einmal alle gegen uns verbinden könnten, und da konnten wir nicht mehr als die lachenden Dritten zusehen, wie diese Gegner sich gegenseitig vor den Wählern ihre Schande aufdeckten. Bei näherem Zusehen sehen wir nun, daß das Breslauer Resultat für uns nicht gar so schlecht ist, wie es auf den ersten Blick erschien; wir haben schon schlechtere Wahlen gehabt. So erzielten wir im Ostkreise im Jahre 1898 um 200 Stimmen weniger als fünf Jahre vorher und im Westkreise betrug der Stimmenzuwachs in diesen fünf Jahren nur 1100. Da sind wir mit unserem diesmaligen Stimmenzuwachs doch besser abgeschnitten, und wir hätten die Kreise auch wieder gewonnen, hätten unsere Gegner ihre Stimmenzahl nicht so gewaltig zu vermehren vermocht. Die letztere Möglichkeit stellt sich aber überall von Zeit zu Zeit einmal ein. In allen Ländern kennt man die Indifferenten. In England nennt man sie die Wackelnden und in Amerika das Treibholz. Es fragt sich nun, was hat die Indifferenten und Unentschiedenen diesmal an die Urne getrieben? Von der Hand müsse man eben so sehr die Gründe der Kirchturmspolitiker weisen, wie die Gründe derer, die behaupten, wir seien in den Versammlungen und in der Presse nicht anständig genug gewesen. Da konnte man gegenüber unseren Flugblättern weit eher den Vorwurf erheben, daß sie im Salontone gehalten waren. Es mag ja richtig sein, daß manchmal ein Wort besser nicht geschrieben oder gesprochen worden wäre, auf den Ausfall der Wahl hat das aber nur geringen Einfluß gehabt. Man vergegenwärtige sich doch nur den „guten Ton", den etwa die oberschlesische Zentrumspresse gegenüber dem Freisinn anzuschlagen pflegt. Ueberhaupt streiten wir dem Bürgertum das Recht ab, über den guten Ton unter den Arbeitern zu reden.

Der diesmalige Wahlausfall erklärt sich aus unserem Siege von 1903, der die Gegner aus dem Häuschen fahren ließ. Man fasste sich, noch einen solchen sozialdemokratischen Sieg kann die Gesellschaft nicht mehr vertragen. Dazu kam die Erregtheit, welche die russische Revolution im Bürgertum zeigte und ferner die Verschärfung der Klassengegensätze durch die immer umfangreicher werdenden wirtschaftlichen Kämpfe. Es mag sonderbar erscheinen, daß gerade unsere Gegenwartsarbeit den Gegnern Anlaß gibt, uns verdrängen zu wollen, aber es ist so. Oft muß man beobachten, wie unsere Kulturarbeit Leute von uns abstieß, die sich persönlich geschädigt glaubten. Das Schärferwerden der Klassengegensätze wird zwar von vielen Genossen bestritten, aber es ist so, wie das Erfurter Programm uns lehrt, daß die Gesellschaft sich immer mehr in zwei feindliche Heerlager trennt. Das ist diesmal mehr als bei jeder früheren Wahl der Fall gewesen und wird sich auch bei kommenden Wahlen wieder zeigen. Fragen müssen wir aber, ob es eine Partei gibt, die die Klassenkämpfer deckt, außer unserer Partei. Das ist nicht der Fall, vielmehr fallen alle anderen Parteien und ihre Presse den kämpfenden Arbeitern in den Rücken. Durch unsere Stellungnahme zugunsten der Lohnkämpfe der Arbeiter geraten wir aber in eine einzelnige Stellung gegenüber dem Bürgertum. Immerhin ist es jedoch besser, einmal ein paar hunderttausend Stimmen zu verlieren, als daß wir des Anhanges der Lohnarbeiterschaft verlustig gehen. Deshalb sind wir uns wohl auch alle darin einig, daß wir die Lohnkämpfe der Arbeiter auch fernerhin kräftig unterstützen müssen.

Redner erörtert hierauf die verschiedenen Wahlunregelmäßigkeiten und die Fälschungen, die aus den verschiedenen Teilen des Reiches gemeldet wurden und erörterte die Gründe, die für unsere Wahlfluge in einigen Kreisen sprechen, die uns bisher nicht gedeuten, worauf er noch ausführlich auf die Ursachen der Niederlage in Breslau zu sprechen kam.

Das ferner Zeit gegen unseren Genossen Löbe gestellte Urteil war ein Ausfluß der Stimmung, die im Bürgertum gegen uns herrschte, wie hätte sonst über einen Mann wegen ein paar gebrauchter Worte eine solche Strafe verhängt werden können. Der rote Sonntag trug dann bei, die Furcht des Bürgertums zu vermehren und die drohenden Reden der Schutzleute erinnerten uns vom heute an die damalige Aufregung in den Kreisen des Bürgertums. Dann kamen die Massenversammlungen und die Verweise und der Stile durch die Worte. Es tobte der so tapfer durchgeführte Kampf um die Säle. Oft kamen wir schon Boykotts verhängt, niemals gelang es uns aber vorher endgültig einen Tisch zu machen, und der diesmalige allgemeine Erfolg brachte den Spießern wieder den Beweis, daß wir im Vormarsch begriffen sind. Dann kam die Aussperrung der Metallarbeiter und die Schlacht am Striegauer Platz. Am Vorabend dieser Kämpfe wurde Klubs verhaftet und am nächsten Tage Albert. Drei Redakteure der Volkswacht waren im Gefängnis und alle dem, weil sie zum Klassenhaß aufgereizt haben sollen. Und wer sind die vielen Prozesse nicht von der gesamten Presse aufgegriffen worden, um die Spießer gegen uns aufzuspeichern. Bei den Stadtverordnetenwahl wurde ebenfalls schon heftig gekämpft und der Ausfall zeigte bereits die Folgen der Verhetzung der öffentlichen Meinung, wie sie von der bürgerlichen Presse hervorgerufen worden war. Aber nicht nur die Gegner bis zeigten Barmherzigkeit gegen uns, sondern auch die Exekutivbeamten. Anstatt die Notlage der Arbeiter nach besserer Kleidung, besserer Wohnung, überhaupt nach besserem Leben zu unterstützen, wurden wir verfolgt, angegriffen und als kulturfeindlich behandelt.

Was haben wir aber getan, um die Bevölkerung auch über den Kreis unserer Parteileser hinaus aufzuklären? Dieser Tage lasen wir in der „Volkswacht" einen Artikel von einem Lehrer, der sich mit der Frage der Wahlpflicht befaßte; was haben wir denn z. B. vor der Wahl unternommen, um an diesen Stand heranzukommen. Genau so steht es bezüglich der vielen selbstständigen Beamten und ebenso in Bezug auf das gesamte Kleinbürgertum. In unserer Partei leben wir wohl manchmal etwas von den Interessen dieser Kreise, aber die Jugend wird von denen nicht gelesen. In den Flugblättern wurden sie jedoch immer nur nebenher mit ein paar Sätzen bedacht. Wir müssen uns eine intensivere Agitation in diesen Kreisen in die Wege leiten, die auch Erfolg bringen wird.

Unsere Presse und die Parteiorganisation haben Vorschläge gemacht, die wir uns vor vier Jahren nicht einmal erträumt hätten, aber die müssen wir haben, wenn wir uns schon so tiefgreifende Wunden. Das Wachstum der Presse und der Parteiorganisation beweise ebenfalls wieder, daß das Bürgertum machtmäßig wurde.

Woher kommt nun aber die Geringschätzung unserer Kulturbestrebungen im allgemeinen? Auch das ist nichts Neues; die Sklaven des Altertums und die Leibeigenen des Mittelalters wurden so wenig geachtet als der heutige Lohnarbeiter. Unerhört aber war es, daß der Oberbürgermeister sich hinstellte und eine Philippika gegen uns hielt, genau wie der erste beste Scharfmacher. Von einem Scharfmacher läßt sich das verstehen, daß aber der erste Beamte eines Gemeinwesens von einer halben Million Mitgliedern sich zu einer solchen Rede versteigen konnte, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Stimmung in jenen Kreisen. Bei einigem Eifer wird es uns ein leichtes sein, die Breslauer Bürger davon zu überzeugen, welchen Wert die Arbeiterbewegung auch für sie besitzt.

Wir müssen aber auch vor der eigenen Tür kehren. Gar viele Arbeiter verfügen noch nicht über jenes Maß von Selbstachtung, wie es nötig wäre. Wie wäre es wohl sonst zu verstehen, daß nicht längst ein Sturm des Protestes gegen die Wahlrede des Oberbürgermeisters losgebrochen ist. Zwar mögen seine Worte in der Aufregung des Wahlkampfes nicht besonders beachtet worden sein, nachträglich aber müssen wir uns mit ihnen beschäftigen.

Wir haben 30,000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in Breslau deren Interessen von unserer Partei und von der „Volkswacht" stets auf das nachdrücklichste vertreten werden. Wieviel Undank finden wir da aber noch in unseren eigenen Reihen, wieviele lesen bürgerliche Blätter und nicht die „Volkswacht" und wieviele stehen der politischen Organisation noch fern. Wir müssen unsere agitatorischen Kräfte verdoppeln, um unsere Parteiorganisation und unsere Presse auch weiterhin zu stärken. Wir müssen mehr Aufklärung unter die Massen tragen, wir müssen aber auch an unserer eigenen Weiterbildung arbeiten, wir müssen uns mehr mit unseren Grundprinzipien und mit unserem Programm beschäftigen.

Für die Diskussion blieb gestern nur wenig Zeit. Es sprachen die Genossen Brandt, Schramm, Zimmer und Radlof, worauf Vertagung erfolgte. Die eigentliche Diskussion dürfte die Versammlung am nächsten Montag ausfüllen. Zum Schluß wurde noch beschlossen, für die ganze Stadt einheitliche Bezirks-Kassenabende einzuführen, und diese sollen an jedem zweiten Montag im Monat stattfinden.

Eine anarcho-sozialistische Kritik des Parlamentarismus.

Die hiesigen Mitglieder der Freien Vereinigung der Gewerkschaften hielten am Montag im „Ballhofe" eine öffentliche Versammlung ab, um wieder einmal von sich reden zu machen. In derselben sprach der Redakteur der „Einigkeit", Maurer Kater, über „Waffen im Befreiungskampfe des Proletariats". Die Versammlung war nur schwach besucht und dazu waren die meisten Besucher Verbändler. Genosse Kater ist ein geschickter Redner, er sucht geflissentlich Angriffspunkte zu vermeiden. Er sagt nicht: „Ihr müßt Euch der Freien Vereinigung anschließen, die den reinen Sozialismus kultiviert", er macht die Sache geschickter, er versucht nachzuweisen, daß die Arbeiter auf einem falschen Wege sind, daß auf der Basis des Parlamentarismus nie und nimmer das Proletariat aus dem kapitalistischen Joche befreit werden könne. Viele Sozialdemokraten glaubten es noch immer, das aber sei ein Trugbild, das nie in Erfüllung gehen werde. Kater nimmt seine Zuflucht zum alten Liebknecht, der im Jahre 1869 klar ausgesprochen, daß das Volk auf den Parlamentarismus seine Hoffnungen setzen soll, die Vertreter des Volkes müßten unter das Volk gehen und Aufklärungsarbeit verrichten. Noch in späteren Jahren habe Liebknecht so gedacht und seine Gedanken in einer Broschüre niedergelegt. Es mögen wohl auf dem Gebiet der Sozialpolitik Vorteile erreicht werden können und es sind auch solche bereits erreicht worden, aber mögen die Gesetze ausgestaltet sein wie sie wollen, das sei seine feste Ueberzeugung, die Macht des Unternehmertums, der Kapitalismus werde dadurch nicht gebrochen, die Großmacht der Industrie sei nicht nur in der Lage, die Arbeiter als dienende zu unterwerfen, sie kann sich auch alle Kulturerrungenschaften zu Nutze machen, bei denen die Arbeiterschaft ganz ausgeschaltet wird. Wenn die Arbeiter weiter nichts erstreben, als die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, wie es nach der Meinung des Redners den Anschein hat, dann, betonte Kater, könne das Unternehmertum ganz beruhigt sein, dann könne es ruhig schlafen. Wolle das Proletariat sich als Klasse durchringen, wolle es befreit sein, dann müßten in dem Emanzipationskampfe höhere Ideale die Arbeiter beseelen, diese aber kämen immer mehr in den Hintergrund, der sozialistische Geist sei geschwunden, nur nach dem Materiellen stehe der Sinn des größten Teils der Arbeiter. Zum Befreiungskampfe brauchen wir aber Idealisten, Sozialdemokraten, die, wenn der Augenblick kommt, imstande sind, die kapitalistische Macht zu erobern. Der Generalstreik könne nicht kommandiert werden, die Truppen müssen politisch geschult sein und das müsse durch unausgesetzte Aufklärungsarbeit geschehen. So war der Ideengang Katers, um den Beweis zu führen, daß wir bei unserer Taktik auf dem falschen Wege sind und umkehren müssen, wenn wir das gelobte Land schauen wollen. Einen großen Teil seines Vortrages verwandte er mit der Vorlesung aus den sozialistischen Monatsheften, in denen Calver und Bernstein die Ursachen der Niederlage der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen darlegen. Die genannten Genossen kamen recht schlecht bei ihm weg, ihr alles sei, recht viel Stimmen zu erpatzern und viele Abgeordnete in den Reichstag zu bringen. Er (Kater) meine, wenn in der Zeit von 1903 bis 1906 in der Weise gearbeitet worden wäre, wie er es für richtig halte, dann wäre der Wahlausfall vielleicht noch schlechter gewesen, aber es gäbe dann auch mehr Sozialisten und das die Hauptsache. Nicht die Masse an sich, sondern die Masse an Sozialdemokraten bringe es zum Ziel. Es müsse noch gar viel gearbeitet werden und nicht am wenigsten in Breslau. Damit schloß der Redner seine Ausführungen.

Wegen der vorgeschrittenen Zeit, Kater hatte fast 2 Stunden gesprochen, konnte die Debatte kurz sein. Rösler und Rother entgegneten, daß man manches, was der Referent vorgebracht, wohl unterschreiben könne, daß man aber den Parlamentarismus sans phrase verwerfen und nur den Generalstreik propagieren solle, um die politische Macht zu erobern, das könne doch nicht so ganz richtig sein. Liebknecht habe seine Ansicht doch geändert, das beweise die Tatsache, daß er selbst eine lange Reihe von Jahren im Reichstag gesessen und einer der beredtesten Parlamentarier war. Den Vorwurf, daß Breslau zu wenig arbeite, wies Rösler ganz energisch zurück. Hier sei eher für den Sozialismus gewirkt worden, als Kater vielleicht davon noch keine Ahnung hatte. Breslau brauche keinen Wegweiser aus Berlin, es wisse besser, was zu tun sei, ohne die Belehrung der Berliner Genossen. Rother rief Kater zu, um zum Ziele zu gelangen, gehöre vor allem Einigkeit, und da sei es gerade die „Einigkeit", die sie zerstört. Wenn Zersplitterung in die Reihen getragen wird, dann sei die Sache um so schlimmer. Vor allem müsse die Eigenbrödelei aufhören. Kater sei mit der Sprache nicht offen herausgekommen, er habe Nebenzwecke, die er verschwiegen. In einem Schlußwort verwahrte sich Kater gegen die gemachten Vorwürfe.

Vom „unpolitischen" Breslauer Turnblatt!

Man hat einmal irgendwo das Wort geprägt: Die Presse eines Volkes ist der Gradmesser für den geistigen Hoch- oder Tiefstand desselben.

Auf niemanden, so wird uns aus Turnerkreisen geschrieben, trifft dieses Wort so zu, als gerade auf die sogenannten deutschen Turnblätter, von denen auch unser Breslau eins besitzt. Nun mag auch die bürgerliche Turnbewegung, soweit reine Körperübungen in Frage kommen, für die Volksgesundheit eine gute Sache sein. Wird aber von bürgerlichen Turnführern das Fach der Turnerei verlassen, wendet man sich in Wort und Schrift an die Oeffentlichkeit, so hängt man an politisieren, dann tritt sofort das Ueberflüssige, — der reaktionäre Zweck, den die ganze bürgerliche Turnbewegung immer mehr bekommen hat, hervor. Was dem weniger aufmerksamen Zuschauer in dieser Beziehung [illegible] nicht klar wird, zeigt sich dann sofort. Der Klassenkampf, der auch das sich über neutrale Gebiet der Turnerei angriffen hat, treibt hier seine besten Blüten. Ein kleiner Teil der bürgerlichen Schriftsteller weiß das und hütet sich, dieses Gebiet zu betreten, um die immer unruhigeren Massen noch zusammenzuhalten. Nicht so das Breslauer Turnblatt! Was hier an „Geist" abgelagert wird, ist die ödeste Paukerei gegen die Sozialdemokratie, wozu die ältesten Lebensmittel herhalten müssen. Anstatt nachzusinnen, wie aus eigener Kraft der verdiente drohende Tod dieses mühsam erhaltenen Blattes abzuwenden sei, scheint der Schriftleiter die Aufgabe der Druckerschwärze darin zu erblicken, eine Subvention für das Blatt beim stammverwandten „Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie" herauszuschlagen. Anders läßt sich der „wohlwollende Ton" dieses Blattes nicht erklären. Daß der aufgeklärte Teil der turnenden Arbeiterschaft jene Reihen schon längst verlassen hat, und sich im Arbeiter-Turnerbund eine über 100,000 Mitglieder zählende Organisation und in der Arbeiter-Turnzeitung mit ihrer Auflage von ziska 65,000 Exemplaren eine geistige Waffe geschaffen hat, ist bekannt. Trotzdem leisten diesen reaktionären Turnführern noch tausende zum Teil gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter auch in Breslau noch Heeresfolge. An diese Mitläufer des turnenden Bürgertums wendete sich im letzten Flugblatt der Arbeiter-Turnerbund, sie zum Austritt auffordernd. Das Flugblatt muß eingeschlagen haben, denn gleichzeitig mit dem edlen Schleifstein, der Schlesischen Zeitung, hetzt nun das Breslauer Turnblatt in seiner letzten Nummer gegen die freien Turner, ihnen sozialdemokratische Parteipolitik andichtend, zum Zwecke der Denunziation bei den Behörden. In verständnisvoller Arbeitsteilung nimmt sich die „Schlesische" das freie Turnerliederbuch, das „antimilitärische Hetze" betrieben soll, — Herr Navroth und Herr Hoffmann vom Turnblatt, die angestellten „Giftmischel" des Arbeiter-Turnerbundes, sowie die Arbeitersekretäre, Gauleiter usw. vor. —

Navroth schreibt wörtlich: „ihm stehe der Begriff Arbeiter viel höher, als den Hetzern und Wühlern, die ihn für ihre selbstsüchtigen und nicht uneigennützigen Zwecke ausbeuten, den Arbeiter aber als Menschen wie eine ausgequetschte Zitrone wegwerfen, wenn bei ihm nichts mehr zu holen, oder wenn er nicht willfährig ist und bleibt. Wie Verhetzung durch die Sozialdemokratie wirkt, habe er als Augenzeuge des vorjährigen Breslauer Krawalles auf dem Striegauer Platze im Tun und Treiben der Hetzer gleichsam wie im Anschauungsunterricht kennen gelernt."

Herr Hoffmann hängt den Angestellten der Arbeiterschaft an, daß sie zu jener „Blutsaugerbande" gehören, die sich nicht scheut, mit ihren feinen Fingern die Groschen aus den schwieligen Händen der werktätigen Bevölkerung einzustreichen! Und weil in dem bezeichneten Flugblatte des Arbeiter-Turnerbundes gefragt wurde: „Arbeiter, die Ihr der deutschen Turnerschaft noch angehört und sozialistisch denkt und wählt, wollt Ihr Euch noch länger diesen Anwürfen aussetzen, Eure Parteiehre beschmutzen lassen?" erklärt in feindlicher Weise Herr Hoffmann: „Arbeiter, die der deutschen Turnerschaft angehören und sozialistisch wählen, mag es viele geben, sozialistisch Denkende kaum!" „Die deutschen Arbeiter sind im allgemeinen klug genug, um zu wissen, daß ganz abgesehen von den kleinkalibrigen Magazingewehren, die ein bedeutsames Wort mitzusprechen hätten — bei einem Umsturz des Staates auch in wirtschaftlicher Beziehung für sie gar nichts herausspringt!" „Durch ihr freiwilliges Bleiben in der deutschen Turnerschaft liefern diese Turner den deutlichsten Beweis dafür, daß sie sich selbst den sogenannten bürgerlichen Parteien zurechnen und mit diesen Parteien in der Pflege deutschen Volksbewußtseins und vaterländischer Gesinnung einig sind!" „Doch mit sozialistisch denkenden Turnern gibt's kein Paktieren und Vertragen! Sie sollen ihr Bündel schnüren und dem Arbeiter-Turnerbund beitreten — die deutsche Turnerschaft kann dabei nur gewinnen!"

So nun trifft ihrs, ihr Arbeiter in der deutschen Turnerschaft, und wenn Ihr trotzdem Mitglieder bleibt, jene Herren in der Beschimpfung anständiger Arbeiter weiter unterstützt, verdient Ihr eben noch einige solcher „Hoffmannstrofen" resp. Eselstritte. Die freien Turner werden ihre Agitation verdoppeln, bis der letzte Arbeiter aus jenen Reihen geholt ist und in öffentlicher Versammlung mit diesen Herrn abrechnen. Für die nichtturnende Breslauer Arbeiterschaft und ihre Führer erwächst aber auch die Pflicht — vor allem nach unserem Wahlresultat — die alte Lauheit abzulegen und sich einmal zu vergewissern, wo ihre Arbeitsbrüder turnen! Hier gibts ebenfalls nur ein Hüben und Drüben, darüber müssen unsere „Auchorganisierten" aufgeklärt werden. Solange es möglich ist, wie bei der letzten Wahl, sozialdemokratischer Listenführer und gleichzeitig vor wie nach patriotisch begeisterter deutscher Turner und damit Sozialistentöter zu sein, so lange ist etwas faul im Staate Dänemark! Deßhalb reine Bahn allerorten! os.

---

* **Beim bevorstehenden Wohnungswechsel** richten wir an unsere Leser das dringende Ersuchen, rechtzeitig der Zeitungsträgerin die neue Adresse übermitteln zu wollen. Ein Zettel, auf dem die neue Wohnung vermerkt ist und der dem „Volkswacht"träger übergeben wird, ist das beste Mittel, um eine Unterbrechung der Zustellung zu verhindern. Gerade um den Monatsersten wundern sich viele, wenn plötzlich die gewohnte Lektüre ausbleibt. Dann schelten sie wohl tüchtig auf die Botenfrau, die ihnen die „Volkswacht" nicht mehr bringt und vergessen dabei, daß sie es selbst unterlassen haben, ihren Wohnungswechsel kund zu geben. Um derartige Unannehmlichkeiten zu vermeiden, bitten wir dringend, rechtzeitig von einem bevorstehenden Umzug dem Kolporteur Mitteilung zu machen. Auch die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins sollen beim Verziehen ihre neuen Wohnungen den zuständigen Distrikts- bezw. Bezirksführern sofort angeben.

* **Künftige Straßen.** Gegenwärtig liegen im städtischen Vermessungsamte eine Reihe von Fluchtlinienplänen für verschiedene neu zu projektierte Straßen auf. Danach sollen in nicht mehr zu ferner Zeit uns folgende Straßen neu geschaffen werden. Zunächst eine Verbindungsstraße zwischen Werder- und Rosenthalerstraße im Auge der Werderbrücke. Die Straße ist als gerade Fortsetzung der Werderbrücke geplant und soll mit 18 Meter Breite unmittelbar vor der Mitte der Werdermühle vorbeigeführt werden, dann eine schwache Biegung nach rechts machen und jenseits der der Untergange geweihten Mühle, nochmals nach rechts biegend, senkrecht auf das südliche Oderufer treffen, von wo sie nach dem Nordufer abgeleitet, und von wo dann eine 20 Meter breite Straße über die Satzstraße nach der Rosenthalerstraße am Anfange der Kohlenstraße führt. Damit ist dann ein Teil des Projekts verwirklicht, durch eine neuen Verkehrsader von Süd nach Nord den Straßenzug Kaiser-Wilhelmstraße, Schweidnitzerstraße, Schmiedebrücke, Universitätsbrücke, Matthiasstraße usw. zu entlasten. Zu diesem Gesamtprojekte gehört u. a. die Durchbrechung des Riemberghofes und die Hineinführung der Grauenstraße in den Blücherplatz. — Weiter sind auf dem Mittelfelde eine ganze Reihe neuer Straßen vorgesehen. — Bei dem Plane für die neu zu schaffende Verbindungsstraße zwischen der Laurentinsstraße und der Kleinen Scheitnigerstraße (Seidelgasse), ist [illegible] den Laurentinskirchhof eine Abänderung dahin getroffen worden, daß der an der Kleinen Scheitnigerstraße liegende Teil des Friedhofs, in einer Breite von 30 Metern zum Bardiock bestimmt ist, während der übrige Teil mit der Kirche als öffentlicher Platz an der Bebauung ausgeschlossen wird. Der als Fortsetzung der neuen Verbindungsstraße dienende Durchgang zur Scheitnigerstraße soll durch die teilweise Freilegung von zwei Grundstücken bedeutend erweitert werden.

Zur Schlesien und Polen.

August Winter †.

Leipzig, 25. Februar. Hier in der Provinzial-Heilanstalt Alsnitz O.-Schl. Genosse Dr. August Winter. Von unheilbarem Herz- und Rückenmarksleiden befallen, verbrachte Winter die letzten 2½ Jahre seines Lebens in der genannten Anstalt, um nunmehr die ersehnte Ruhestätte für den müden, sieghaften Leib auf dem stillen Friedhof eben dieser Anstalt zu finden.

Die sozialdemokratische Partei beklagt in August Winters Heimgang den Verlust eines ihrer edelsten, tüchtigsten und aufopferungsvollsten Mitkämpfer. Von Jugend auf hing Winter den Ideen des Sozialismus an, Dank einem Vater, der, obwohl einfacher Bauer, doch sehr unterrichtet war und die sozialistischen Ideen gut kannte. Im besten Mannesalter, eben 40 Jahre alt, ist Winter aus dem Leben geschieden, das für ihn Arbeit und Kampf bedeutete. Er wurde am 23. August 1866 in Hermsdorf (bei Kloster Grüssau in der Grafschaft Glatz) geboren. Seine Eltern waren einige Jahre vorher von Oesterreich aus dorthin übersiedelt. Winters Vater wollte aus dem sehr geweckten Knaben besseres werden lassen, wie er selbst es geworden und schickte ihn, als er einige Jahre lang die dörfliche Volksschule besucht hatte, zunächst auf die Realschule nach Landeshut, später auf das Gymnasium in Glatz. Dort lebte er im Knabenkonvikt in sehr strenger katholischer Zucht, ohne daß es gelang, seinen freien Sinn zu brechen. Winter wollte Mathematiker werden, wegen der Aussichtslosigkeit dieses Berufes aber wählte er dann Philologie, besonders das Studium der alten Sprachen. Er studierte zunächst zwei Jahre (1883—90) in Breslau, dann ein Jahr in Bonn und kehrte hierauf nach Breslau zurück, um hier seinen Doctor philosophiae zu machen, den er magna cum laude wurde. In Breslau gehörte er auch zu den eifrigsten Schülern Professor Sombarts. Er lebte mehrere Jahre als Hauslehrer auf größeren Gütern in den Provinzen Posen und Schlesien und benutzte seine freie Zeit mit eisernem Fleiße zu wirtschaftlichen, besonders agrarwirtschaftlichen Studien. Winter hatte sich mittlerweile der sozialdemokratischen Partei in Breslau angeschlossen. Aus der Zeit seiner Hauslehrerschaft auf einem mittelschlesischen Gute stammen denn auch seine hochinteressanten „Briefe vom Lande" in den Jahrgängen 1895 bezw. 1896 der „Volkswacht", deren sich unsere alten Leser gewiß noch erinnern. Auch sonst war und blieb Dr. Winter ein fleißiger und hochgeschätzter, zugleich aber auch sehr uneigennütziger Mitarbeiter unseres Blattes. Damals, in der Zeit schwerster Verfolgungen der „Volkswacht", bei sehr geringer Zahl an Abonnenten, war es oft unmöglich, den Mitarbeitern nennenswertes oder überhaupt Honorar zu zahlen, ein Umstand, der den armen Hauslehrer nie gehindert hat, seine Feder in den Dienst des Parteiblattes zu stellen.

Als Winter Anfang 1897 seine letzte Hauslehrerstelle aufgeben mußte, weil seine Schüler das Gymnasium bezogen, wandte er sich in dem Schreiben dieses Anlasses mit der Frage, ob seine Feder, nach Oberschlesien zu gehen und von dort aus der Parteipresse über die ganz eigenen, fast ganz unbekannten Verhältnisse des Industriebezirks an der russischen und österreichischen Grenze zu berichten, wohl akzeptabel sei. Und der Befragte konnte aus ehrlichem Herzen diesem Gedanken seinen vollsten Beifall spenden und hat bei der dann folgenden Ausführung nach Kräften seine Unterstützung gegeben. Weit über seine ursprüngliche Absicht hinaus entwickelte sich jedoch bald Winters Tätigkeit in Oberschlesien. Zunächst gab er eine größere Anzahl eingehende, auch heute noch sehr lesenswerte Schilderungen der wirtschaftlichen, sozialen, politischen, geschichtlichen Verhältnisse Oberschlesiens, mit den Augen des hochgebildeten, sozialpolitisch geschulten menschenfreundlichen Mannes gesehen. Eine terra incognita, ein unbekanntes Land voll Leiden und Jammer zahlloser unterdrückter, rechtloser, unwissender Proletarier, voll Hochmut und Gleichgültigkeit mächtiger Herren, voll schrankenloser Gewalt unfühlbarer Beamten, voll fanatischem Eifer lichtscheuer Pfaffen erstand vor den Augen der erstaunten und empörten Parteigenossen. Dann aber ging Winter zur positiven Tätigkeit für unsere Sache, die Sache der Menschlichkeit und des Rechts über, versuchte die armen Gebeugten zu gewinnen für den Sozialismus, für die Partei wie für die gewerkschaftliche Organisation. Seine Arbeit wurde überraschend reich gelohnt. Während 1898 in den ländlichen oberschlesischen Wahlkreisen etwa 5000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, hing diese Zahl 1898 nach reichlich einjähriger Tätigkeit Winters auf rund 5000. Am 1. November 1898 übernahm Winter das oberschlesische Arbeitersekretariat, das vorher schon von einem besten, aber unfähigen Genossen, einem einfachen Arbeiter (Tischler) geführt worden war. Unter Winters Führung hatte nun das Arbeitersekretariat eine für Oberschlesien gewaltige Ausdehnung bekommen, daß die Frequenz im Jahre 1901 auf mehr wie 10000 Besucher gestiegen war. Durch Neuordnung bewältigte Dr. Winter nun allein und nicht nur, daß er arbeitete mit gleicher Energie für die gewerkschaftliche Organisation wie für die sozialdemokratische Partei. Die ganze Größe seiner Leistungen kann nur der bemessen, der die unsäglich schwierigen Verhältnisse des oberschlesischen Industriebezirks kennt. Mit vollem Recht konnte Genosse Pickel auf dem Parteitag in München sagen:

„Es gibt kein deutsches Arbeitersekretariat, das unter so schwierigen Verhältnissen arbeitete wie das vom Winter eingerichtete. Der Bezirk über die Stadtmauern seines Arbeitersekretariats habe ich selbst nur mit voller Bewunderung, bewundernd und bewundernd gesehen."

Es ist unmöglich, hier die Arbeit Winters in ihrer vollen Bedeutung zu schildern, hat man einer besonderen Abhandlung vorbehalten bleiben. Diese Arbeit muß nicht nur nach ihrem quantitativen Umfange bemessen werden, sondern auch nach den Umständen, unter welchen sie geleistet wurde. Nicht nur mußte anfangs neben der offenen Hetze und der anonymen erschleichenden Hetze, besonders nach der Jahrhundertwende, der offene Verzicht auf alle Lebensmöglichkeiten, die der Industrialismus auf sich nahm, intensiv in Oberschlesien, hier von allen ausgeübt, geübtigen und geübtigen Berufen, gleich einem Bannfluch lebte. Denn wer dem ††† Signatbesitzer sich über Gebühr hat nie nur einen Kontakt. Nur die Polizei schenkte ihm und seiner Tätigkeit unausgesetzte Aufmerksamkeit, die sich in zahlreichen Verhaftungen ausdrückte. Auch dem Gefängnis entging unser Genosse nicht. Ein harmloser Artikel in der „Arbeiterwacht" gab dem damals in Beuthen amtierenden Landgerichtsrat Gelegenheit zu einer Beleidigungsklage. Dr. Gerichtsrat wollte nur Winn den Redakteur haben, in dem er mit Recht den geistigen Urheber und verantwortlichen Dr. Winter vermutete. Ein Hausgerichtsverfahren gegen ein Mitglied der „Volkswacht"-Redaktion, Genossen Bruhns, sollte zum ersehnten Ziele führen. Natürlich weigerte sich Bruhns, den ihm, wie er nicht leugnete, bekannten Verfasser zu nennen, weshalb er in eine Geldstrafe genommen und ihm Zeugniszwangshaft angedroht wurde. Sowie Genosse Winter vom Stande der Angelegenheit erfuhr, nannte er sich als den Verfasser! Er wollte nicht, daß ein anderer Genosse für ihn ins Gefängnis ging. Und mutig nahm er die drei Monate Gefängnis hin, die ihm dann die Breslauer Richter wegen Beleidigung ihres Kollegen aufbrummten.

Zu den Schwierigkeiten, die der Tätigkeit Winters erwuchsen, zählten auch die unerquicklichen Streitigkeiten mit den politischen Genossen, in die Winter bald geriet. Diese Streitigkeiten haben nicht wenig beigetragen zu der schnelleren Entwickelung seines Leidens. Besonders schwer getroffen aber wurde Winter durch den Wahlausfall 1903. Er hatte sicher auf ein weiteres gewaltiges Steigen der sozialdemokratischen Stimmen im Industriebezirk, ja auf einen Sieg in seinem Wahlkreis Beuthen-Tarnowitz gerechnet. Und er hätte sich nicht getäuscht, wenn nicht ein neues Moment in das politische Leben Oberschlesiens getreten wäre, die national-politische Bewegung. Die 1903 im Entstehen begriffen, die sozialdemokratischen Stimmen zunächst zum Stillstand brachte, in dem nächsten Jahre aber die Dämme überflutend, die sozialdemokratische Bewegung unwiderstehlich zurück drängte. Für Winter, der schon schwer krank und völlig überarbeitet war, bedeutete dieser Schlag mehr wie eine vorübergehende Enttäuschung, er ließ ihn vielmehr an sich und seiner Lebensarbeit verzweifeln. Er sah seinen körperlichen und geistigen Ruin nahen und um dem zu entgehen legte er nach fast siebenjähriger ungeheurer Tätigkeit seinen Posten nieder, um in Stettin als Redakteur des dortigen Parteiblattes einen neuen Posten in der Bewegung zu übernehmen. Aber es war schon zu spät, er brach kurz nach dem Antritt der neuen Stellung zusammen, erholte sich zwar vorübergehend wieder, fiel aber nach Ablauf eines weiteren Jahres unrettbar in die Arme schwerer, unheilbarer Geisteskrankheit, von der ihn jetzt der erbarmende Tod befreite.

Mit August Winter ist in Wahrheit ein Pionier unserer Sache dahingegangen, einer jener treuen, bescheidenen, aber wunderbar zähen und tapferen Männer, die unter unsäglichen Entbehrungen der Bewegung die Wege bahnen, „Rodearbeit im Urwald" leisten, wie Winter selbst treffend von der agitatorischen Arbeit in Oberschlesien sagte. An seinem Grabe stehen trauernd seine greisen Eltern, deren Stolz und Hoffnung der edle Sohn war, steht eine liebende Gattin die das Schicksal grausam um ihren gereiften Anspruch auf Glück betrogen hat, stehen im Geiste all die Genossen und Mitstreiter, die den Verlust des opfermütigsten, mutigsten Gefährten und Vorkämpfer betrauern! Die Zeit heilt Wunden und Schmerzen, nicht aber wird sie das Andenken auslöschen an unseren unvergeßlichen August Winter.

* * *

Dr. August Winters Begräbnis erfolgt am Donnerstag, den 28. Februar, vormittags 9½ Uhr auf dem Friedhof der Irrenanstalt Alsnitz O.-S.

Eine kammergerichtliche Entscheidung gegen einen sozialdemokratischen Ortsverein.

Der Sozialdemokratische Kreiswahlverein Waldenburg ist in Bezirke eingeteilt, von denen einer „Friedland und Umgegend" umfaßt. Genosse Pietsch als Bezirksleiter berief auch Versammlungen ein, die der Zweck des Kreis-Wahlvereins in seinem Bezirke hatten. In einer Reihe der Versammlungen wurde der gute Bezirksleiter (der selbstverständlich Parteifähigkeit) angegeben, und für ihn ein anderer gewählt. Es verfügte nun die Generalversammlung für „Friedland" in einem Beschluß gegen Pietsch, der sich gegen § 2 des Vereinsgesetzes durch Nichteinreichung einer Namensliste der Wahlvereins-Mitglieder des Bezirks bei der Polizei in Friedland vergangen haben sollte. Auf Grund jener Verfügung erachtete die Strafkammer, indem sie auch das Abhalten besonderer Bezirks-Versammlungen beabsichtigte, die Erlassung eines Strafbefehls gegen Pietsch für gerechtfertigt, dessen Verdacht 2. bei. Sie verurteilte ihn wegen der Nichteinreichung einer Namensliste des Vereins „Bezirk Friedland und Umgegend" auf Grund der Vorschriften 2 und 15 des Vereinsgesetzes zu einer Geldstrafe.

Das Kammergericht verwarf die vom Rechtsanwalt Dr. Bernard vertretene Revision des Angeklagten mit der Begründung: Wenn sich eine Zahlstelle, ein Ortsverein, mit Bezirk eines größeren Vereins in seiner Geschäftsführung nur gelte als besonderes Glied des ganzen Vereins, kann sich die Zahlstelle, der Bezirk u. s. w. besonderer Vereine, Gebiete die Eigenschaft besonderer Vereine, und nehme für den Ortsverein einen selbständigen Vereinscharakter an, dann erfülle er besonderer Orts- oder Bezirksvereine. Es sei Zweck der Vereinsbildung, die eine größere Zweckmäßigkeit bezweckt und [illegible] Sitz der Vereinsleitung [illegible], [illegible] die Mitgliederzahl [illegible].

Unsere Genossen haben die Sache der Gesamtpartei [illegible] Kosten nach höchst Entscheidung gut nun, die Mitglieder Vereinsrechte der mit Polizeiaufsicht eingerichteten, um [illegible] Schwierigkeiten auf dem Wege zu gehen.

Waldenburg, 25. Februar. Der Streikende in der Klimmer. Mittwoch den 19. Februar, hatten Arbeiter in der [illegible] Kunstmühle zu Klimmer beschäftigte Maurer die Arbeit niedergelegt. Sie hatten es satt, für einen Lohn von 2,50 Mk. 10½ Stunden zu arbeiten, während der tariflich festgelegte Lohn 35 Pfg. pro Stunde beträgt. Die Verwaltung der Mühle glaubte mit der Anlage der Mühle nach besonderen Kunst zu folgen, da nach Streiken Zeit der Maurer kaum ein [illegible] im Winter Arbeit zu finden. Allerdings sind 2,50 Mark pro Tag ein schöner Lohn, und wenn es nur die halbe Sommerarbeit und 3 Mark pro Tag wäre gibt. In Summe einen auf einen Jahresverdienst von 1200 Mark. Unserer Rechnung nach sind es jedoch im günstigsten Falle nur 900 Mark. Wer nun ein so günstiges Einkommen bezweifelt, machen wir darauf Zeit und Verhältnisse [illegible]. Die Arbeiten erfolgten auf ein von ihnen selbst eingerichtetes Gesuch um Lohnerhöhung und keine Antwort. Der von einer beauftragten Vertrauensmann bei Unternehmer [illegible] noch einmal mündliche Verhandlung nach, wurde jedoch mit Kreuzer Zeit [illegible] abgewiesen, mit der Bemerkung, es möge sich die Maurer halt umsehen, was sich [illegible] wurde.

Nun ist aber die Sache etwas anders gekommen, als [illegible] Zeit [illegible] Kampfes [illegible] in den Zeitungen [illegible] umgegend tüchtig nach Maurern suchte, gelang es [illegible] nach halb Wochen, nur zwei ganze Streikende [illegible] zu fischen, und selbst diese haben dem Arbeiter-Elborado den Rücken gekehrt. Die gebratenen Tauben die ihnen versprochen wurden, kamen nicht geflogen. Jetzt läuft der Portier den Leuten schon auf der Straße nach, und verspricht ihnen einen Stundenlohn von 35 bis 40 Pfg. Unseren Kollegen verweigerte man die Herausgabe des Handwerkzeuges, der Papiere und des rückständigen Lohnes; Papiere und Geld haben die Kollegen heute noch nicht. Herr Feist scheint die gesetzlichen Bestimmungen recht schlecht zu kennen; er hätte die Arbeiterrechte, statt einer fremden Sprache, studieren sollen. Auch das Verhalten des Waldenburger Wochenblattes zwingt uns zur Kritik. In demselben wurde von der Firma Tielsch nach Maurern inseriert. Unsererseits wurde nun ein Inserat aufgegeben, in welchem den Kollegen mitgeteilt wurde, daß von uns die Sperre über dieses Werk verhängt sei. Die Notiz wurde jedoch abgelehnt mit der Begründung, daß man sich nicht ohne Not in Gefahr begeben wolle (das heißt in die Gefahr, sich beim Unternehmertum unbeliebt zu machen). Vielleicht bringt dieser Vorgang unsere gewerkschaftlichen Neutralitätsanhänger hier am Orte zu der Einsicht, wo ihre Interessen am besten gewahrt werden.

—e. **Schweidnitz**, 25. Februar. Zu den wichtigeren Beratungs-Gegenständen, mit denen sich unsere Stadtväter in ihrer letzten Sitzung noch beschäftigten, gehört auch ein Bittgesuch der hiesigen Lehrerschaft, in welchem sie um Erhöhung ihrer Gehaltsbezüge petitionieren. Entsprechend den Bestimmungen des neuen Volksschulgesetzes ersuchen sie, das Höchstgehalt der höheren Lehrer auf 3000 Mark festzusetzen. Des weiteren bitten sie um Erhöhung des Grundgehaltes von 1200 Mark auf 1350 Mark, und um Erhöhung der Alterszulage von 160 Mark auf 200 Mark. Die Alterszulage soll bei den Lehrerinnen von 120 Mark auf 130 Mark erhöht werden. Die Schuldeputation befürwortete eine Erhöhung der Alterszulage bei den Lehrerinnen von 120 Mark auf 140 Mark. Bürgermeister Cassebaum erklärt, daß die Gehaltsfrage der Lehrerschaft im nächsten Jahre geregelt werden soll und bittet, einer Erhöhung der Alterszulage für Lehrer vorläufig von 160 Mark auf 180 Mark, und die der Lehrerinnen von 120 Mark auf 130 Mark zuzustimmen. Bei der gegenwärtigen Finanzlage sei eine andere Regelung ohne neue und erhebliche Steuerzuschläge in diesem Jahre nicht durchführbar. Die Stadtverordneten Obst I und Schubert bezeichnen die bisherige Bezahlung der Lehrer, namentlich der jüngeren, als völlig ungenügend; zum Beweis dafür bringt letzterer eine Haushaltungs-Tabelle eines jungen, verheirateten Lehrers zur Kenntnis der Versammlung. Sie wünschen, daß diese Frage schon in diesem Jahre endgiltig geregelt werde. Von anderer Seite wird dagegen betont, daß man den Wünschen der Petenten mit Rücksicht auf die mißliche Finanzlage der Stadt nicht in der gewünschten Weise entgegenkommen könne, zumal erst im vorigen Jahre eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses eingetreten sei. Hierauf wird der Magistratsantrag mit dem Zusatz, im nächsten Jahre die Alterszulage von 180 Mark auf 200 Mark resp. von 130 Mark auf 140 Mark zu erhöhen, mit großer Mehrheit angenommen. Der Vollständigkeit halber sei noch mitgeteilt, daß sämtlichen städtischen Unterbeamten die Alterszulage in Höhe von 200 Mark bereits bewilligt ist. Durch diese Tatsache bekommt die in obiger Debatte so nachdrücklichst betonte Sympathie für unsere Jugendbeamten ein großes Loch.

Des weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit einem an den hiesigen Magistrat gerichteten Gesuch des Bürgervereins der Niederstadt, in welchem eine Aenderung der bestehenden Marktverhältnisse angestrebt wird. Die Antragsteller ersuchen den Magistrat, eine Verlegung des Großmarktes vom Margaretenplatz nach dem Bärplatz anzuordnen; ferner die Errichtung von Verkaufsstellen an den ordentlichen Markttagen, sowie die Abhaltung eines besonderen Marktes am Sonnabend Nachmittag zu genehmigen. Gegen diese „Umsturzbestrebungen" wurde von seiten der Marktinteressenten aus der „Oberstadt" Protest eingelegt und der Magistrat ersucht, es bei den bisherigen bewährten Zuständen zu belassen. In der Diskussion wurde im allgemeinen der Standpunkt vertreten, von einer zwangsweisen Neugestaltung der Marktverhältnisse abzusehen; vielmehr solle es jedem Produzenten frei stehen, für den Verkauf seiner Produkte, sowohl im Groß- wie im Kleinhandel, sich den Margareten- oder auch den Bärplatz zu wählen. Demgemäß beschließt die Versammlung. Desgleichen wurde die Abhaltung eines Marktes an den Sonnabenden, und zwar Nachmittags zwischen 4 bis 7 Uhr, genehmigt.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Auf dem Bahnhof in **Neumarkt** ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Der Weichensteller Greulich, welcher erst seinen Dienst angetreten hatte, wurde von einer Rangiermaschine erfaßt und auf das Nachbargleis geworfen. Dieses passierte in demselben Augenblick ein Schnellzug einfuhr. Greulich wurde überfahren und auf der Stelle getötet. — In **Brieg** gehen die Fleischpreise zurück. Die Sorge Konkurrenz, welche der Landfleischer bei den verminderten Schweinepreisen auch den städtischen Fleischern dadurch machen, daß sie auf dem Wochenmarkte das Pfund Schweinefleisch mit 60 Pfg. verkauften, hat dann geführt, daß nun auch die Brieger Fleischer mit dem Preise von 70 auf 60 Pf. herabgegangen sind. Die Preise für Wurstwaren sind noch nicht erwähnt. — Ein räuberischer Ueberfall wurde im **Schlesiertale** unweit Naumburg verübt. Als die 22 Jahre alte Tochter des Gemeindevorstehers in Schönfeldorf den Seifenwald passierte, überfiel sie ein Vagabund und verletzte sie tödlich. Da das Mädchen kein Geld besaß, schleppte es der Verbrecher nach heftiger Gegenwehr in die Schonung, wo er es vergewaltigte und mißhandelte. Trotzdem gelang es nicht den Täter zu ermitteln. — Der in Unterschmiedeberg lebende Wirtschaftsinspektor Dickscher aus Dahme, Kreis Sagan, hat gestanden, daß er den am 22 Januar von Schmiedeberg verschwundenen Dienstmädchen Auguste Kirchner verübten Mord begangen hat. — Kaum haben sich die großen Schneestürme, die in der letzten Woche im **Riesengebirge** gewütet und besonders in den Wäldern großen Schaden angerichtet haben, gelegt, so droht schon wieder neue Schneefälle einzutreten. Am Sonntag hat es nun Schnee fast den ganzen Tag über leichtes gerieselt. In den Frühstunden aber schien wieder die Sonne. Im **Hochgebirge** ist in den letzten Tagen viel Neuschnee gefallen. Aber auch das Tal, das durch das letzte Tauwetter fast völlig schneefrei geworden war, prangt wieder in voller winterlicher Pracht. Der Verkehr auf den Schneebahnen des Gebirges ist infolgedessen sehr stark. Seit Tage hat man der Kaiser Schlesischen Bahn der 1000 Schneeschlitten in diesem Winter noch Schneebahn. Im vorigen Jahre wurde diese Bahn erst im März eröffnet. — Am Mittwoch hielt während der Verhandlungen und Beratungen die in Wiesental versammelten Grenzbeamten Kaiser und Dienstage auf ihrem Dienstgange befanden, [illegible] **Schmuggelhandel** [illegible] Fünf Schmuggler, von Berg-Hof kommend, in den Weg auf Anruf der Beamten ergriffen die Schmuggler die Flucht über gemeinsame Kenntnis nach dem Zollamt [illegible] mehrere mehrfachen Schüsse auch mehrfachen Anruf entkamen die Schmuggler, weil es in dem weiten Schneegestöber, allerdings den Kindern im Stich ließen, und so [illegible] unter der Bemerkung [illegible] Pfund Saccharin [illegible] der Paket von der Schmuggler bis Petersbach [illegible] wurde. Trotz des Schlußfolgerungen aber [illegible] des Schlußfolgerungen noch immer noch eine bedeutende Quantität [illegible] Verbindung nach Oesterreich angeschmuggelt. Eine [illegible] des Oberzollamtes Forst und des [illegible] in der Grenzbezirk unternommene Durchsuchung [illegible] nicht [illegible]. Das beschlagnahmte Saccharin hat einen Wert von [illegible] Mark.